

Justus-Liebig-Universität Gießen  
Fachbereich 03: Sozial- und Kulturwissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft  
Lehrforschungsprojekt: „Internationales Konfliktmonitoring“  
Leitung: Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach

WS 2011/12

# **Der Landkonflikt in Brasilien**

Kampf um eine Agrarreform und deren  
gesellschaftspolitischen Strukturbedingungen

Verfasst von Friedrich Hirler, Philippe Lerch und Sebastian Scholz  
Kontakt: [Friedrich.Hirler@sowi.uni-giessen.de](mailto:Friedrich.Hirler@sowi.uni-giessen.de)

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis/Glossar	4
<b>1. Einleitung</b>	6
<b>2. Konfliktanalyse</b>	10
2.1 Konfliktgenese: Entstehung der ungleichen Bodenbesitzstruktur	10
2.2 Aktuelle Konfliktkonstellation	17
2.2.1 Verhalten, Haltungen der zentralen Konfliktparteien	22
2.2.2 Grundbedürfnisse und die Legitimität von Interessen	35
2.2.3 Prognose	37
<b>3. Friedensstiftung</b>	38
3.1 Bedingungen für eine nachhaltige Landreform	39
3.1.1 Gewaltmonopol des brasilianischen Staates schaffen und sichern.	39
3.1.2 Rechtsstaatlichkeit herstellen und sichern	41
3.1.3 Interdependenzen schaffen und Affektkontrolle fördern.	45
3.1.4 Demokratische Partizipation stärken.	48
3.1.5 Soziale Gerechtigkeit fördern	49
3.1.6 Friedliche Konfliktkultur fördern.	56
3.2 Grundzüge einer Landreform	57
<b>4. Serviceteil</b>	60
4.1 Links	60
4.2 Literaturverzeichnis	61
Anhang	66



Quelle: CIA Factbook (2011): <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/br.html>

## Abkürzungsverzeichnis/Glossar

<b>ABAG</b>	Associação Brasileira de Agribusiness - Verband der Landwirtschaftsunternehmen
<b>AI</b>	Amnesty International
<b>Bancada Ruralista</b>	Fraktion der Landwirtschaftsindustrie und Großgrundbesitzer
<b>BRD</b>	Bundesrepublik Deutschland
<b>COIAB</b>	Coordenação das Organizações Indígenas da Amazônia Brasileira – Dachverband der Indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonas
<b>CONCRAB</b>	Confederação Nacional das Cooperativas da Reforma Agrária do Brasil -Nationaler Dachverband der Kooperativen der Landreform
<b>CPT</b>	Comissão Pastoral da Terra - Kommission für Landpastorale
<b>CUT</b>	Central Unica dos Trabalhadores – gewerkschaftlicher Dachverband
<b>HIK</b>	Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung
<b>HDI</b>	Human Development Index
<b>ILO</b>	International Labour Organisation – Internationale Arbeitsorganisation
<b>INCRA</b>	Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária - Nationales Institut für Kolonialisierung und Agrarreform
<b>IWF</b>	Internationaler Währungsfonds
<b>La Via Campesina</b>	‚Der bäuerliche Weg‘ – Internationale Bewegung von Kleinbauern und Landarbeitern
<b>MAPA</b>	Ministério da Agricultura, Pecuária e Abastecimento - Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Versorgung
<b>MDA</b>	Ministério do Desenvolvimento Agrário - Ministerium für ländliche Entwicklung
<b>MST</b>	Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra - Bewegung der Landarbeiter ohne Boden
<b>NGO</b>	Non-Governmental Organisation - Nichtregierungsorganisation
<b>PBI</b>	Peace Brigades International – Internationale Friedensbrigaden

<b>PMDB</b>	Partido do Movimento Democrático Brasileiro - Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung
<b>PT</b>	Partido dos Trabalhadores – Arbeiterpartei
<b>STR</b>	Sindicato dos Trabalhadores Rurais – Gewerkschaft der Landarbeiter
<b>TI</b>	Transparency International
<b>UDR</b>	União Democrática Ruralista - Interessenverband der Großgrundbesitzer
<b>UNO</b>	United Nations Organisation
<b>UPP</b>	Unidade de Policia Pacificadora – Einheit der Befriedungspolizei
<b>WTO</b>	World Trade Organisation – Welthandelsorganisation

# 1. Einleitung

Dieses im Rahmen des Lehrforschungsprojekts „Internationales Konfliktmonitoring“ entstandene Dossier behandelt den Konflikt um die extrem ungleich verteilte landwirtschaftlich nutzbare Fläche in Brasilien. Ungefähr 1% der Landbesitzer besitzen ca. 46% der privaten Landflächen, während 50% der Landbevölkerung gerademal 2% des Landes besitzen. Das Ausmaß dieser Ungleichverteilung im fünftgrößten Staat der Erde (8.514.877 km<sup>2</sup>) lässt sich kaum ermessen. So besitzt das oberste Prozent der brasilianischen Landbesitzer (ca. 49.400 Betriebe) mit einer Fläche von ca. 1,6 Mio km<sup>2</sup> ein Gebiet, das viereinhalbmal so groß ist wie Deutschland (357.022 km<sup>2</sup>).<sup>1</sup> Gegenstand des Konfliktes ist im Kern die begrenzt verfügbare, agrarwirtschaftlich nutzbare Fläche, auf welche die Großgrundbesitzer einerseits und die Landlosen andererseits Ansprüche erheben. Konfliktbeteiligte sind neben den Landlosen und den Großgrundbesitzern auch Kleinbauern, die Agrarindustrie, der Staat auf verschiedenen Ebenen, die indigene Bevölkerung, diverse Parteien und Nichtregierungsorganisationen. Für eine Konfliktlösung bedarf es sowohl einer Landreform wie auch gesellschaftspolitischer Reformen, die eine solche Landreform ermöglichen.

Die präsidential verfasste Bundesrepublik Brasilien (República Federativa do Brasil) wird zum politisch-kulturellen Begriff Lateinamerika gezählt, welcher zur Abgrenzung gegenüber den anglo-amerikanischen Staaten dient. Die Nationen Lateinamerikas weisen sowohl einige Gemeinsamkeiten als auch regionale Unterschiede auf. Eine der wichtigsten Gemeinsamkeiten besteht in der 300jährigen Kolonialgeschichte Lateinamerikas, die noch immer einen hohen Einfluss auf die Sprache, Kultur und Politik ausübt. Eng hiermit verbunden ist die Vorherrschaft der katholischen Kirche, die andauert, obwohl immer mehr regionale und nationale Freikirchen entstehen. Zudem beheimatet Lateinamerika eine hohe Anzahl indigener Völker, deren Lebensweisen allerdings regional große Unterschiede aufweisen. Neben der langen Kolonialgeschichte hatten im 19. Jahrhundert auch der oftmalige Zerfall lateinamerikanischer Staaten, der Caudillismus<sup>2</sup> und die häufigen Diktaturen einen großen Einfluss auf die Landkonflikte. Im 20. Jahrhundert kam es vermehrt zur Demokratisierung der Politik, zu Populismus, zur Machtergreifung von Militärregimen und

---

<sup>1</sup> Bredenbeck (2006); Wienold (2007), S. 30.

<sup>2</sup> Eine autoritäre, nicht institutionell verankerte und personifizierte Herrschaftsform, die speziell in Lateinamerika während des 19. und 20. Jahrhunderts vorkam.

der anschließenden Re-Demokratisierung. Zwischenstaatliche Kriege gab es in Lateinamerika kaum, dafür umso mehr blutige staatsinterne Konflikte.<sup>3</sup>

Einen weiteren Überschneidungspunkt stellt die soziale Situation der Menschen in Lateinamerika dar. So weist Lateinamerika beim GINI-Koeffizienten<sup>4</sup> mit einem Wert von 0,50 die ungünstigste Einkommensverteilung aller Regionen der Welt auf.<sup>5</sup> Für Brasilien selbst fällt dieser Wert im Jahr 2010 mit 0,55 sogar noch schlechter aus (BRD 0,28). In Lateinamerika belegt das Land nach Bolivien den vorletzten Platz. Diese Werte sind Indiz für eine fortschreitende Elitenbildung und enorme soziale Ungleichheit. Auch ein anderer Indikator, der Human Development Index 2010 (HDI) der Vereinten Nationen, bescheinigt den lateinamerikanischen Ländern ein schlechtes Ergebnis. Beispielsweise belegt bei 169 erfassten Ländern Guatemala Rang 116, Nicaragua 115, Honduras 106 und Brasilien Platz 73. Zum Vergleich: die BRD befindet sich auf Platz 10.<sup>6</sup>

Viele Konflikte in Lateinamerika haben die Nutzung und Verteilung von Ressourcen zur Ursache. Staaten wie Venezuela, Peru, Ecuador und Bolivien verfügen über große Vorkommen an Erdöl oder Erdgas. Von den Erlösen profitieren jedoch meist nur einige wenige Bevölkerungsgruppen. Zudem führt die Exploration der Rohstoffe häufig zur Vertreibung der lokalen Bevölkerung und zur massiven Zerstörung der Umwelt.<sup>7</sup> Auch in Guatemala und Paraguay haben Konflikte die ungleiche Verteilung von Land als Ursache. In Guatemala sind zwei Drittel des Landes im Besitz von nur 2% der Bevölkerung. Die Folge waren Bürgerkrieg, Massaker an der indigenen Bevölkerung, Morde an lokalen Bauernführern und die Bildung radikaler Guerillagruppen.<sup>8</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Ungleichverteilung des vorhandenen Ressourcenreichtums in den genannten Ländern zahlreiche negative Auswirkungen auf die Bevölkerung hatte und stark konfliktfördernd gewirkt hat. Zudem zieht der Ressourcenreichtum externe Akteure, wie multinationale Unternehmen und Regierungen an, die ihre Rohstoffversorgung sichern wollen.

Hierzulande und in Europa werden diese Konflikte trotz sehr enger Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland jedoch kaum wahrgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland

---

<sup>3</sup> Werz (2008), S. 22ff.

<sup>4</sup> Der Gini-Koeffizient bildet eine Kennziffer zur Messung von Ungleichverteilung. Ein Wert von 1 bedeutet eine vollkommene Ungleichverteilung, während ein Wert von 0 eine komplette Gleichverteilung darstellt.

<sup>5</sup> Werz (2008), S. 57.

<sup>6</sup> Vereinte Nationen (2010), S. 186 ff.

<sup>7</sup> Mähler (2009), S. 31.

<sup>8</sup> Buczilowski (2003).

und die Föderative Republik Brasilien unterhalten seit Langem politische und wirtschaftliche Beziehungen, die sich als hilfreich für die Lösung des Landkonfliktes erweisen könnten. So wurde 2011 das 140-jährige Jubiläum der bilateralen Beziehungen zwischen den zwei Ländern groß gefeiert. Im Jahr 2008 unterzeichneten die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der damalige brasilianische Staatspräsident Lula da Silva einen Vertrag für eine strategische Partnerschaft. Sie ist bislang die einzige Bündnis dieser Art zwischen Deutschland und einem lateinamerikanischen Land und beinhaltet unter anderem die Absicht, die Zusammenarbeit in Bereichen wie Klimawandel und Biodiversität, Wissenschaft, Technologie und Innovation sowie nachhaltige Entwicklung zu vertiefen.<sup>9</sup> Zudem wird von Mai 2013 bis Mai 2014 in Brasilien unter dem Motto ‚Deutschland + Brasilien – Wo Ideen sich verbinden‘ erstmals ein Deutschlandjahr stattfinden, um die enge bilateralen Beziehungen der Staaten auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu fördern.<sup>10</sup>

Brasilien ist auch heute schon der wichtigste Handelspartner Deutschlands in Lateinamerika und das Handelsvolumen nimmt kontinuierlich zu. So exportierte die BRD 2010 Waren im Wert von ca. 12,5 Milliarden Euro nach Brasilien, was gegenüber 2009 eine Exportzunahme von 27% darstellt. Auch der Import von brasilianischen Produkten nach Deutschland wuchs 2010 um 32% auf 8,1 Milliarden Euro.<sup>11</sup> Die wichtigsten Exportgüter Brasiliens sind Eisenerz, Soja und Sojaprodukte, Kaffee und Kaffeeprodukte, Kfz.-Teile, Zivilflugzeuge, Maschinen, Fleisch, Kupfer und Rohöl. Das Land importiert aus Deutschland vor allem Maschinen, Autos und Autoteile, chemische Grundstoffe und pharmazeutische Produkte.<sup>12</sup>

Die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Brasilien belaufen sich inklusive Reinvestitionen auf insgesamt mehr als 25 Milliarden US-Dollar. Die 1200 in Brasilien tätigen Unternehmen beschäftigen insgesamt ca. 250.000 Menschen. Ein Großteil (ca. 800) der Unternehmen hat sich in São Paulo angesiedelt, das damit den größten Standort der deutschen Wirtschaft (außerhalb Deutschlands) weltweit darstellt.

Drei deutsch-brasilianische Industrie- und Handelskammern stehen zur Verfügung, um die Außenhandelsbeziehungen zu organisieren. Jährlich finden deutsch-brasilianische Wirtschaftstage mit Unternehmertreffen statt.<sup>13</sup> Der hohe Organisationsgrad sowie der hohe Grad der Vernetzung zwischen deutschen und brasilianischen Unternehmen kann bei einer

---

<sup>9</sup> Deutsche Botschaft Brasilien (o.J.)

<sup>10</sup> Auswärtiges Amt Deutschland (2012b).

<sup>11</sup> Hier ist allerdings zu beachten, dass hierin auch das weltweite Wiederaufleben des Außenhandels 2010 nach dem wirtschaftlichen Einbruch in Folge der Immobilien- und Bankenkrise 2007-09 enthalten ist.

<sup>12</sup> Auswärtiges Amt Deutschland (2012a).

<sup>13</sup> Ebd.

Konfliktlösung konstruktiv genutzt werden. Zudem profitieren die deutschen Unternehmen wirtschaftlich sehr von den Aktivitäten im Land, was auch zu moralischen Verpflichtungen führen sollte.

Der große Anteil von Agrarprodukten am deutschen Import aus Brasilien zeigt, dass auch Deutschland zumindest indirekt an dem Konflikt beteiligt ist, woraus sich bei entsprechendem politischem Willen ein Handlungsspielraum für eine konstruktive Beeinflussung des Konflikts ergibt.

Indem wir in diesem Dossier friedliche und möglichst akteurspezifische Handlungsvorschläge erarbeiten, hoffen wir, eine größere Aufmerksamkeit für den Konflikt zu erzeugen. Dies kann eine paradigmatische Funktion haben, da vergleichbare Konfliktkonstellationen in Lateinamerika und anderen Teilen der Welt existieren.<sup>14</sup>

Zielgruppen unseres Dossiers sind vornehmlich die deutschsprachige Öffentlichkeit, interessierte Privatpersonen und Politiker, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), aber auch in Brasilien aktive Unternehmen. Wir wollen sie ermahnen, auf die Realisierung folgender drei Ziele hinzuwirken:

- (1) Beendigung von direkter, körperlicher Gewalt, die primär von den Großgrundbesitzern/Agrarunternehmen, aber auch vonseiten lokaler Polizeibehörden ausgeht;
- (2) Vermeidung einer weiteren Verschärfung der Ungleichverteilung auf dem Land, die durch die Duldung von Landraub und der illegalen, sowie legalen aber oft nicht legitimen Erschließung von Regenwaldgebieten vonseiten der Großgrundbesitzer und Agrarindustrie begünstigt wird;
- (3) Verstärkung staatlicher Präsenz und Rechtssicherheit in ländlichen Gebieten, in denen Großgrundbesitzer begrenzte Herrschaftsbereiche mit häufig quasi-staatlichen illegitimen und friedenshinderlicher Funktion übernehmen.<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> Der Landkonflikt in Paraguay wurde im Rahmen des Gießener Monitoringprojekts in einem anderen Dossier behandelt. Siehe hierzu: Exner et. al. (2011).

<sup>15</sup> Dieses Dossier basiert ausschließlich auf sekundär-analytischer Recherche. Keiner der drei Autoren konnte sich selbst ein Bild von der Lage vor Ort machen oder mit direkten Betroffenen des Konfliktes sprechen. Die daraus entstehende Abhängigkeit von den verwendeten Publikationen versuchten wir durch die Auswahl von möglichst glaubwürdigen und vielfältigen Quellen auszugleichen.

## 2. Konfliktanalyse

Anders als das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung sehen wir die Konfliktintensität nicht auf Stufe 1 (niedriger, nicht gewaltsamer, latenter Konflikt), sondern auf einer Stufe zwischen 3 (mittlere, gewaltsame Krise) und 4 (hohe, gewaltsame, ernste Krise). Diese unterschiedliche Einstufung liegt darin begründet, dass das HIIK lediglich die Konfliktlinie zwischen den organisierten Landlosen und der Regierung betrachtet. Wir hingegen betrachten mehrere miteinander verbundene Konfliktlinien, was zu einer abweichenden Einordnung führt. Die nach unserer Auffassung zentrale Konfliktlinie zwischen Landbesitzern und Landlosen wird von körperlicher, regelmäßiger und oft auch organisierter Gewaltanwendung vonseiten der Landbesitzer geprägt. Eine zweite Konfliktlinie erkennen wir zwischen Land und Stadt. Die Landbevölkerung umfasst nur eine Minderheit (ca. 13%) der Einwohner und findet daher nur wenig Gehör im politischen Diskurs. Eine Bruchlinie besteht damit auch innerhalb der armen Bevölkerung. Die arme Stadtbevölkerung und die arme Landbevölkerung ringen und konkurrieren um politische Aufmerksamkeit. Drittens ist auch die indigene Bevölkerung, welche etwa 10% des Landes, v.a. im Amazonasgebiet zugesprochen<sup>16</sup> bekommen hat, in ihrer Lebensgrundlage von illegaler Brandrodung und Landnahme sowie den Schäden von legaler und illegaler Ressourcenförderung auf ihrem Land bedroht. Auch hier sind die Großgrundbesitzer, die Agrarindustrie aber auch staatliche und nichtstaatliche Bergbauunternehmen die Konfliktgegner. In allen drei Fällen (Konfliktlinien) bildet die nutzbare Ackerfläche beziehungsweise der Lebensraum den primären Konfliktgegenstand. Es handelt sich somit um einen Ressourcen-/ Verteilungskonflikt, aber zugleich auch um einen zugunsten der Landlosen und Indigenen ausgetragenen Wettbewerb im politischen Prozess.

### 2.1 Konfliktgenese: Entstehung der ungleichen Bodenbesitzstruktur

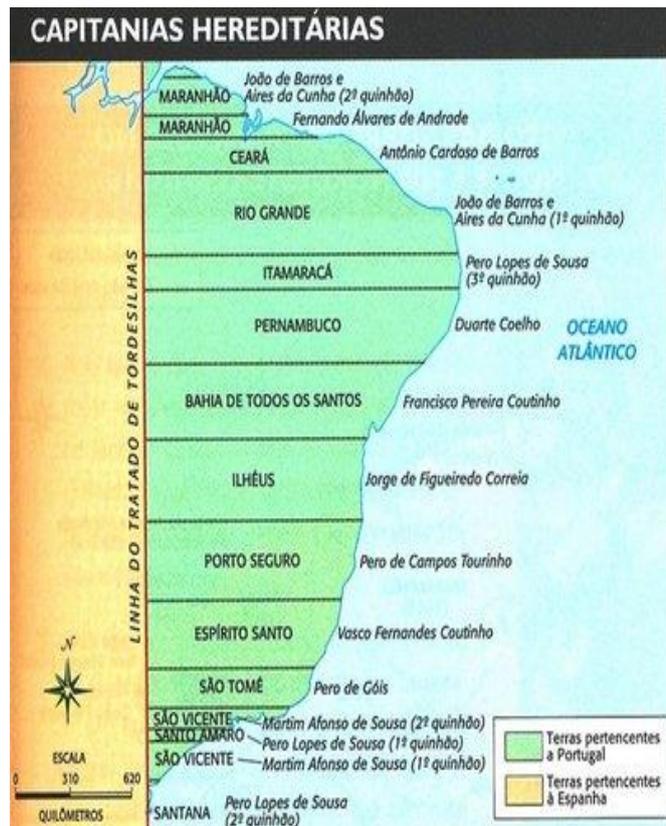
Die Wurzeln der ungleichen Landverteilung in Brasilien lassen sich bis in die Anfänge der Kolonialzeit zurückverfolgen und sind für das Verständnis des heutigen Konfliktes von großer Bedeutung.

---

<sup>16</sup> Brasilianische Botschaft Bern.

## Zeit der Kolonialherrschaft

Als die ersten portugiesischen Siedler am 22. April 1500 brasilianischen Boden betraten, spielten Landerwerb und individueller Landbesitz für sie eine untergeordnete Rolle, da vor allem der Tauschhandel mit Eingeborenen und die Suche nach Edelmetallen entlang der brasilianischen Küstenregion im Vordergrund standen.<sup>17</sup> Erst 1530 entschloss sich die portugiesische Krone zu einer organisierten Erschließung des Territoriums und teilte die Kolonie in 15 parallel zum Äquator verlaufende Streifen ein. Diese sogenannten Kapitanien wurden wiederum an zwölf überwiegend adelige Portugiesen, verteilt. Sie erhielten in ihren jeweiligen Gebieten die uneingeschränkte zivile,



### Aufteilung Brasiliens in Kapitanien

Quelle: <http://blogdoprofessorcesar.blogspot.com/2010/09/capitanias-hereditarias.html>.

richterliche und militärische Gewalt und fungierten als eine Art koloniale Lehnsherren. Obwohl eine flächendeckende Besiedlung Brasiliens beabsichtigt war, handelt es sich beim System der Kapitanien weniger um eine Form der Landnahme, sondern mehr um eine Verwaltungseinrichtung, da die Flächen der Kapitanien zu groß für die Kontrolle und Bewirtschaftung seitens eines einzigen Lehnsherrn waren.<sup>18</sup> Deshalb wurde das System der Kapitanien zum Zweck der faktischen Landnahme vom System der Sesmarias abgelöst. Dieses System sah vor, dass jeder Lehnsherr jeweils große Teile des ihm zugesprochenen Gebietes an Interessenten vergeben konnte, welche sich im Gegenzug dazu bereit erklärten, das Land zu bewirtschaften und ein Sechstel der Produktion der Krone zu übergeben. Ziel der portugiesischen Krone war es, die Besiedlung voranzutreiben und vor allem das Gebiet gegen andere Kolonialmächte abzusichern.

Das System der Sesmarias kann zugleich als der Beginn der landwirtschaftlichen Nutzung Brasiliens durch die Kolonialherren angesehen werden, wobei jedoch aufgrund der enormen

<sup>17</sup> Steinfelder (2001), S. 7.

<sup>18</sup> Käss (2004) S. 1; Käss (2007), S. 11f.

Fläche an zu vergebendem Land und der geringen Nachfrage eine Struktur von immensem Großgrundbesitz entstand, in welcher nur ein Bruchteil der Latifundien (Großgrundbetriebe) produktiv genutzt wurde.<sup>19</sup> Das für die landwirtschaftliche Nutzung ungünstige Verhältnis zwischen Bevölkerung und Umfang der Ländereien wurde durch den Einkauf und die Ausbeutung afrikanischer Sklaven ausgeglichen. Ein weiterer Grund für die geringe Produktivität lag darin begründet, dass der Anbau von Zuckerrohr, Kaffee sowie die Weidebeziehungsweise Viehwirtschaft durch den schwach ausgeprägten Verwaltungsapparat kaum von der portugiesischen Krone überwacht werden konnte. Prinzipiell war niemand von der Vergabe der Sesmarias ausgeschlossen, jedoch wurde die Entwicklung bäuerlicher Kleinbetriebe in hohem Maße dadurch behindert, dass die kleinste zu vergebende Einheit an Land so groß war, dass faktisch nur Angehörige des Adels oder besitzende Teile der portugiesischen Bevölkerung in der Lage waren, die Mittel, welche zur Bewirtschaftung des Landes benötigt wurden, aufzubringen.<sup>20</sup>

### **Unabhängigkeit Brasiliens und Kaiserreich**

Mit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1822 wurde Brasilien bis 1889 zum Kaiserreich. In diesem Zusammenhang wurde ein Bruch in der Landpolitik vollzogen. Bedingt durch die vorangegangenen Landschenkungen, den daraus entstandenen Großgrundbesitz und die enorme Ungleichverteilung, entstand ein gesellschaftlicher Druck vonseiten liberaler Strömungen, aufgrund dessen die Regierung entschied, kein Land mehr zu vergeben, bis das brasilianische Bodenrecht durch eine gesetzgebende Versammlung neu geregelt werden würde. Dies geschah jedoch erst 28 Jahre später. Die dazwischen liegende rechtsfreie Situation, in der es weder eine regulierende noch eine kontrollierende Instanz gab, führte zu einem massiven Anstieg illegaler Landnahmen, durch welche zwar vereinzelt auch Kleinbauern zu Besitz gelangten, vor allem aber Großgrundbesitzer mithilfe privater Kleinarmeen ihr Territorium weiter vergrößerten.<sup>21</sup>

1850 wurde durch das erste Bodengesetz Brasiliens Landschenkungen verboten, sodass Land nun nur noch durch Kauf erworben werden konnte. Dies bedeutete, das Land von nun an nicht mehr an den gesellschaftlichen Status der Person oder der Qualität der Nutzung gebunden war, sondern zur Ware wurde.<sup>22</sup> Die Preise des vom Staat zu veräußernden Bodens wurden jedoch so hoch angesetzt, dass es Kleinbauern und freigelassenen Sklaven unmöglich wurde,

---

<sup>19</sup> Käss (2004), S. 1; Käss (2007), S. 11f.

<sup>20</sup> Steinfelder (2001), S. 8ff.

<sup>21</sup> Ebd., S. 14.

<sup>22</sup> Wienold (2007), S. 123.

Land zu erwerben. Nachdem 1888 die Sklaverei in Brasilien offiziell abgeschafft wurde, hatten die Freigelassenen keine Alternative zu schlecht bezahlter Arbeit auf den Zuckerrohr-, Kaffee- und Kakaoplantagen, sodass die extreme Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern nicht verringert, sondern aufrechterhalten wurde.<sup>23</sup> Eine Ausnahme bildet die Besitzstruktur im Süden Brasiliens. Dort wurde seit dem 18. Jhd. vermehrt die Besiedlung durch europäische Immigranten gefördert, um eine schnelle Absicherung der kolonial gezogenen Grenzen zu gewährleisten. Dies führte dazu, dass im Süden Brasiliens die ungleiche Landverteilung weitaus geringer ausfällt und anders als im Rest Brasiliens kaum ungeklärte Besitzverhältnisse bestehen.

### **Zeit der alten Republik und die Vargas-Ära**

An der Struktur des Großgrundbesitzes hat sich auch zur Zeit der ersten Republik von 1889 bis 1930 nur wenig geändert. Die vom Militär unterstützte, unblutige Revolution von 1930, brachte den bei der vorherigen Wahl gescheiterten Präsidentschaftskandidaten Getúlio Vargas an die Macht. Er blieb bis 1945 als ‚wohlwollender Diktator‘ im Amt. Erst mit der nach 1945 erfolgten Wiedereinführung demokratischer Strukturen begann in Brasilien eine intensivere politische Diskussion über eine Agrarreform. Dem Kongress wurden in dieser Zeit zwar Dutzende Gesetzesvorschläge vorgelegt, von denen aber keiner angenommen wurde. Als Präsident Goularts 1964 ein Dekret ankündigte, welches eine massive Bodenreform beinhaltete, stieß dies auf heftigen Widerstand der Großgrundbesitzer und Teilen der konservativen katholischen Kirchenführung. Das Reformvorhaben, das eine weitreichende Enteignung unproduktiven Großgrundbesitzes ohne finanzielle Entschädigung vorsah, wurde jedoch nie umgesetzt, da der Präsident am 31. März 1964 durch einen Militärputsch gestürzt wurde.<sup>24</sup>

### **Zeit der Militärregierung**

Überraschenderweise war eine der ersten Maßnahmen der Militärregierung (1964 bis 1985) die Verabschiedung des Bodenstatuts. Dieses legte fest, dass alle Brasilianer die Möglichkeit haben sollten, Land zu besitzen beziehungsweise zu erwerben, da das Land eine Sozialfunktion aufweise. Die durch den Artikel 2, § 1 des Bodenstatuts eingeführte Sozialfunktion des Landes kann als eine Richtlinie zur landwirtschaftlichen Nutzung angesehen werden und enthält verschiedene Komponenten. Demnach soll das Land (1) zum

---

<sup>23</sup> Käss (2004), S. 2.

<sup>24</sup> Ebd.

Wohlergehen seiner Besitzer und der Arbeiter beitragen, die es bewirtschaften, es soll (2) ein befriedigendes Niveau an Produktivität erreichen und (3) die Erhaltung der natürlichen Ressourcen soll gewährleistet sein. Schließlich soll (4) das herrschende Arbeitsverhältnis zwischen Landbesitzer und Landarbeiter gerecht gestaltet sein beziehungsweise den geltenden Gesetzen entsprechen. Erfüllt ein bewirtschaftetes Land diese Sozialfunktion nicht, kann es zum Zwecke der Umverteilung vom Staat enteignet werden.<sup>25</sup>

Die Militärregierung verfolgte mit dem Bodenstatut zwei Ziele. Erstens versprach sie, soziale Gerechtigkeit in den ländlichen Gebieten Brasiliens zu schaffen. Zweitens wollte sie die landwirtschaftliche Produktivität durch wirtschaftlich sinnvolle Betriebsgrößen und die Modernisierung der Landwirtschaft steigern. Allerdings stand vor allem das zweite Ziel im politischen Fokus. Dazu gründete die Militärregierung 1970 das Nationale Institut für Kolonialisierung und Agrarreform (INCRA), welches mit der Durchführung der Agrarreform und der Überprüfung der Sozialfunktion des Landes beauftragt wurde. Jedoch kam das Bodenstatut bis zum Ende der Militärdiktatur nie voll zum Tragen, vielmehr nahm die Ungleichheit auf dem Land zu, da die Agrarpolitik der Militärregierung vor allem auf eine technische Modernisierung der Großbetriebe und weniger auf eine Umverteilung des Landes abzielte. So verloren im Zuge der Modernisierung zwischen den Jahren 1960 und 1980 alleine im Bundesstaat São Paulo 2,5 Mio. Teilpächter und Kleinbauern ihr bislang bearbeitetes Land.<sup>26</sup>

Erste Widerstände gegen die schlechten Lebensumstände und die Ungerechtigkeit für die Mehrheit der Landbevölkerung regten sich im Kontext eines generellen Wiederauflebens der zuvor stärker unterdrückten zivilgesellschaftlichen Bewegungen zum Ende der Militärdiktatur in den späten 1970er Jahren. Die Zustände auf dem Land hatten zum einen zu einer starken Landflucht und zum anderen zur Organisation der Landlosenbewegung in den Städten geführt. Auslöser für den Widerstand war weniger die Ungleichverteilung, als die Modernisierung der Landwirtschaft, da es durch die Produktivitätssteigerungen zu starken Freisetzungseffekten, also einer massenhaften Entlassung von Arbeitskräften kam.<sup>27</sup>

## **Die neue Republik**

Der erste Präsident nach der Militärdiktatur, José Sarney (1985 – 1990), entwickelte 1985 den bereits im Bodenstatut der Militärregierung vorgesehenen ‚Nationalen Plan der Agrarreform‘

---

<sup>25</sup> Käss (2004), S. 2.

<sup>26</sup> Wienold (2007), S. 126ff.

<sup>27</sup> Käss (2007), S. 13ff.; Käss (2004), S. 3.

mit dem ehrgeizigen Ziel, 1.400.000 Familien innerhalb von fünf Jahren auf umverteiltem, vormals unproduktivem Land anzusiedeln. Der Hälfte dieser 1,4 Millionen Familien sollte Land im Nordosten Brasiliens zugesprochen werden.<sup>28</sup> Tatsächlich wurden in diesem Zeitraum lediglich 83.687 Familien auf 4.505.788 Hektar angesiedelt.<sup>29</sup> Im Jahr 1988 trat eine neue brasilianische Verfassung in Kraft. Die Großgrundbesitzer hatten aufgrund ihres großen Einflusses im Parlament durchsetzen können, dass die Möglichkeiten der Regierung Land zu enteignen, verfassungsrechtlich eingeschränkt wurden. Von nun an durften produktive Ländereien auf keinen Fall mehr enteignet werden. Die im Bodenstatut von 1964 festgesetzte Sozialfunktion wurde jedoch 1988 bekräftigt und das Recht des Kongresses, eine Agrarreform durchzuführen, ist bis heute in der brasilianischen Verfassung in Kapitel III Artikel 184 bis 191 festgeschrieben. Auf dieses Recht berufen sich auch im aktuellen Konflikt um die Umverteilung des Landes verschiedene Akteure.<sup>30</sup>

Während der Regierungszeit von Fernando Collor (1990-1991) wurde das Projekt einer Agrarreform nicht weiter verfolgt. Erst sein Nachfolger Itamar Franco (1992-1994) nahm das Projekt wieder auf und siedelte 23.000 Familien an. Sein Nachfolger Präsident Fernando Cardoso (1995-2002) gab an, mit 1.219.690 Familien mehr Menschen als jeder Präsident vor ihm angesiedelt zu haben, wobei jedoch seitens der Nachfolgeregierung unter der Führung von Präsident da Silva (2003-2010) erhebliche Zweifel an diesen Zahlen geäußert und Doppelzählungen kritisiert wurden.<sup>31</sup>

Zusammenfassend zeigt die Konfliktgenese sehr deutlich die lange Geschichte der heutigen Ungleichverteilung und Ungerechtigkeit und deren genuinen Ursprung in der portugiesischen Kolonialherrschaft. Auch 189 Jahre nach ihrem Ende hat sich an der ländlichen Besitzstruktur kaum etwas geändert. Noch immer besitzen einige Wenige einen Großteil der nutzbaren Ackerfläche, während der Großteil der Landbevölkerung aus prekär lebenden Kleinbauern, Landarbeitern und Landlosen besteht, die noch immer in großer Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern leben. Es stellt sich zudem die Frage, inwieweit nicht nur die Strukturen der kolonialen Besitzverhältnisse überdauert haben, sondern auch die kulturellen Sichtweisen, mit denen eine solche Struktur gerechtfertigt wird. Dies betrifft zum einen die ‚Kolonialmentalität‘ in den Köpfen der Großgrundbesitzer, die bis heute an der Rechtmäßigkeit ihrer Eigentumstitel offensichtlich keinen Zweifel haben und zulassen. Die

---

<sup>28</sup> Hartmann (1999), S. 27.

<sup>29</sup> Calcagnotto (2003), S. 196.

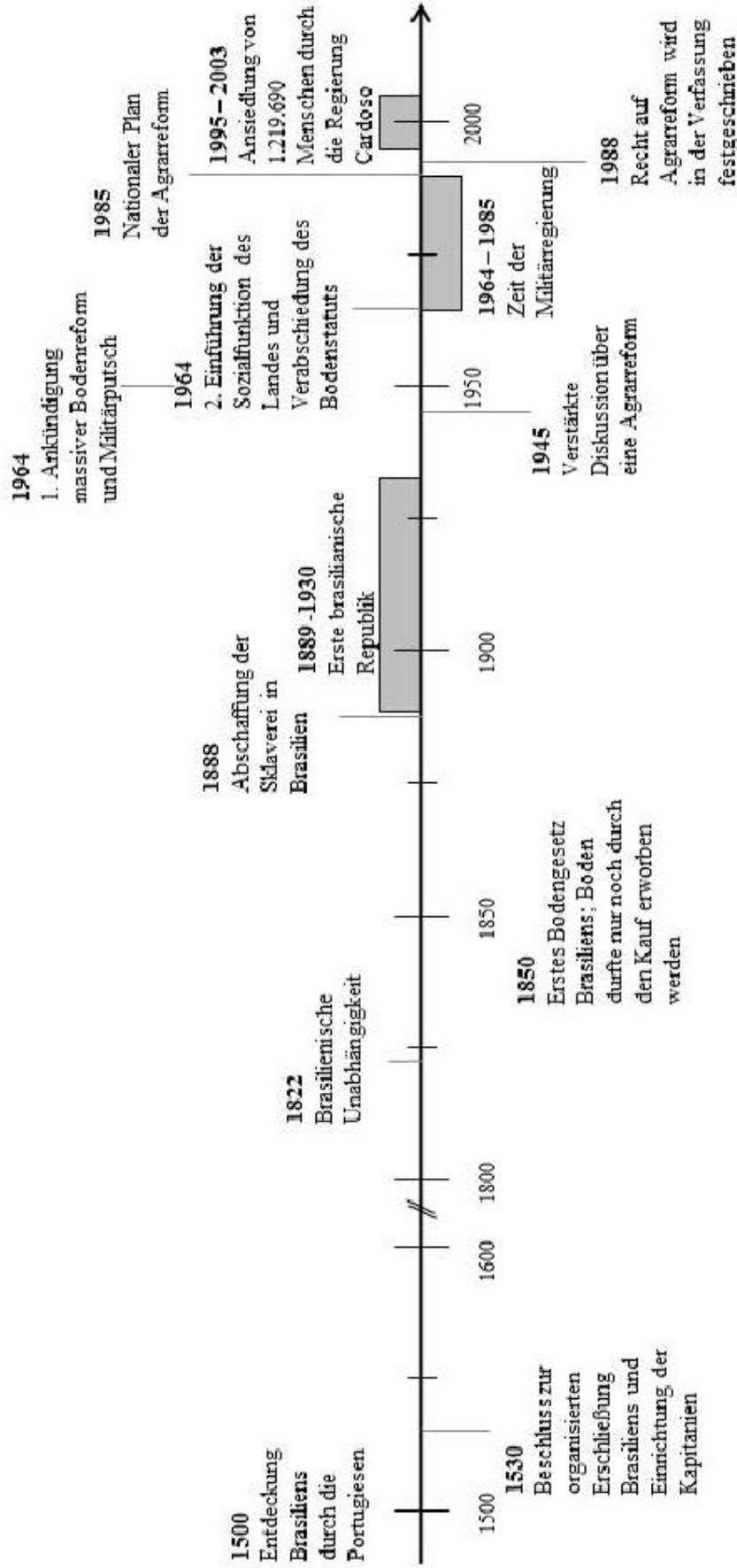
<sup>30</sup> Föderative Republik Brasilien Verfassung (1988): Kapitel III, Artikel 184 bis 191.

<sup>31</sup> Käss (2004), S. 3; Russau (2011).

Kolonialmentalität bestimmt aber möglicherweise in vielen Fällen auch die Haltung der Besitzlosen, die wenige Chancen sehen, den gewaltfreien Aufstand gegen diese Strukturen zu organisieren. Ein Großteil der politischen Reformankündigungen blieben bislang leere Versprechungen oder konnten nicht realisiert werden. Enttäuschung, Vertrauensverlust, Hoffnungslosigkeit und die Erwartung, dass sich doch nichts ändern wird, bilden für viele Betroffene einen Zirkel der Ohnmacht gegenüber dem Problem.

Für den Versuch einer konstruktiven Konfliktbearbeitung ergeben sich aus der Konfliktgenese folgende Überlegungen: Eine kurzfristige Beseitigung des Konfliktes erscheint nicht denkbar. Vielmehr kommt es darauf an, einen Umkehr- und Ausstiegsprozess einzuleiten, der sichtbar ist und überprüft werden kann, Hoffnung sät und der die Landwirtschaftspolitik Brasiliens von den Fesseln kolonialer Strukturen befreit. Dies ist mit Sicherheit in erster Linie eine Aufgabe des Staates Brasiliens. Welche Rolle externe Akteure einschließlich ehemaliger Kolonialherren und in Brasilien aktiver (Agrar-)Unternehmen dabei spielen können, gilt es ebenfalls zu bedenken.

# Zeitleiste konfliktrelevanter Ereignisse



## 2.2 Aktuelle Konfliktkonstellation

*„Es ist eine Schande, dass es in einem Land, das im vergangenen Jahr 149,5 Millionen Getreide, Hülsenfrüchte wie auch Ölpflanzen produziert hat, immer noch Menschen gibt, die Hunger leiden“ (Dilma Rousseff am 11.2.2011).<sup>32</sup>*

Die aktuelle Konfliktkonstellation ist durch die großen Disparitäten zwischen Arm und Reich aber auch zwischen Stadt und Land gekennzeichnet. Der Anteil der Stadtbewohner an der Gesamtbevölkerung liegt in Brasilien mit 87% (2010) für ein Schwellenland sehr hoch.<sup>33</sup> Die Landbevölkerung stellt mit 13% oder ca. 25 Mio. der 195 Mio. Einwohner Brasiliens eine Minderheit dar. Nach Angaben der Landlosenorganisation MST (siehe Abschnitt 2.2.1) zählten im Jahr 2002 circa 16 Mio. Menschen oder ca. 4.5 Mio. Familien zur Gruppe der Landlosen und eine weitere große Gruppe zu den Bauern mit wenig Land.<sup>34</sup> Eine weitere betroffene Gruppe stellt die indigene Bevölkerung Brasiliens dar, deren Zahl sich im Jahr 2000 auf ca. 350.000 Menschen belief.<sup>35</sup> Der landwirtschaftliche Gini-Koeffizient<sup>36</sup>(0,857) zeigt, dass sich ein Großteil des nutzbaren Ackerlandes im Besitz einer kleinen Minderheit befindet. Seit 1960 hat sich die Lage keineswegs verbessert, sondern die Konzentration von Land weiter zugenommen. Zudem werden die landlosen Landarbeiter und Landsuchenden bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt, sonst würde der Index über 0,9 liegen.<sup>37</sup> Von der insgesamt ca. 400 Mio. ha großen landwirtschaftlich nutzbaren Fläche werden lediglich 60 Mio. ha für Ackerbau, aber 340 Mio. ha für Viehzucht genutzt oder liegen brach.<sup>38</sup> Die Viehzucht in Brasilien ist eine wenig intensive, aber profitable Form der Landnutzung. Problematisch ist daran, dass a) mit einer vergleichsweise geringen Menge an Arbeitskräften, b) auf einer extrem großen Fläche, c) größtenteils für den ausländischen Markt produziert wird. Somit ist die brasilianische Viehwirtschaft gerade im Vergleich zu anderen Formen der Landnutzung sehr extensiv und unproduktiv. Zwar gibt es durchaus Flächen, auf denen diese Form der Landnutzung sinnvoll ist, da der Boden zur intensiven landwirtschaftlichen Nutzung unbrauchbar ist. Ob bei einer solch starken Dominanz der Viehzucht noch von einer Erfüllung

---

<sup>32</sup> Schulz (2011).

<sup>33</sup> CIA (2011).

<sup>34</sup> Calcagnotto (2003), S. 192.

<sup>35</sup> Watson et al. (2000), S. 1.

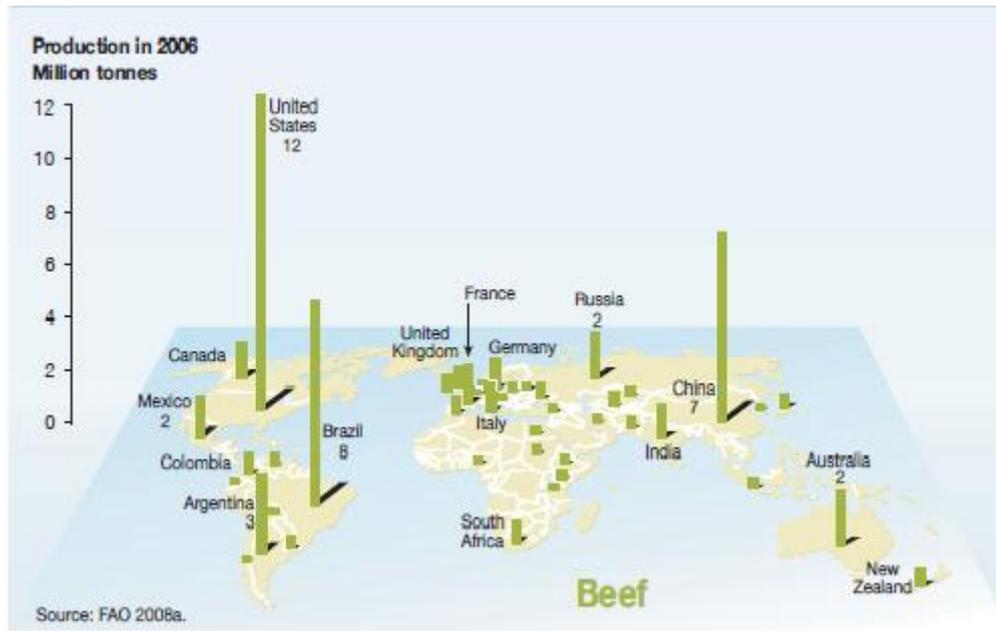
<sup>36</sup> Der Ginkoeffizient bildet eine Kennziffer zur Messung von Ungleichverteilung. Ein Wert von 1 bedeutet eine vollkommene Ungleichverteilung, während ein Wert von 0 eine komplette Gleichverteilung darstellt (zum Beispiel wenn eine Person alles besitzen würde).

<sup>37</sup> Wienold (2007), S. 131.

<sup>38</sup> Käss (2004), S. 1.

der Sozialfunktionen von Land ausgegangen werden kann, ist jedoch fraglich.<sup>39</sup> Kommerziell gesehen ist diese Landnutzung für die Unternehmen gleichwohl äußerst ertragreich. Die Nachfrage nach Rindfleisch auf dem Weltmarkt ist ungebrochen. Brasilien ist, nach den USA, der zweitgrößte Produzent von Rindfleisch weltweit.

### Rindfleischproduktion Weltweit im Jahr 2006



Quelle: UNEP Vital Forest Graphics (2009), S. 21.

Zusätzlich wird der Konflikt um das Land und seine Nutzung durch den weltweiten Trend zu Biokraftstoffen zusätzlich ‚befeuert‘. Die wichtigsten sind Bioalkohol, der aus Zuckerrüben, Mais und Zuckerrohr gewonnen wird und Biodiesel, der aus dem Öl von Sonnenblumen, Raps und Soja erzeugt wird.<sup>40</sup> Brasilien übt bei der Produktion der Rohstoffe sowie der Kraftstoffe eine der wichtigsten Rollen weltweit aus. Das Land ist der weltweit größte Produzent von Zuckerrohr.<sup>41</sup> Bei der Herstellung von Soja belegt das Land den zweiten Platz hinter den USA. Ebenfalls zweitgrößter Produzent ist Brasilien bei der Herstellung von Bioethanol (siehe Anhang: Grafiken 1,2,3). Der Kraftstoff wird sowohl im eigenen Land verwendet – mehr als 40 % der Fahrzeuge sind der Lage mit einem hochprozentigen Ethanol-Gemisch zu fahren - als auch exportiert, wobei Brasilien mit ca. 70% Marktanteil größter Exporteur solcher Kraftstoffe ist.<sup>42</sup>

<sup>39</sup> Wienold (2007), S. 145ff.

<sup>40</sup> Blümel (2009).

<sup>41</sup> FAO (2011).

<sup>42</sup> Kohlhepp (2008), S. 8ff.

Die Ausrichtung auf die Produktion von Fleisch und Biotreibstoff verschärft den Konflikt um die Landverteilung. Denn beide Produkte benötigen Unmengen an Fläche, sei es als Weideland oder als Plantage. Die Nutzung von Nahrungsmittelpflanzen zur Kraftstoffproduktion steht vielfach in der Kritik, da sie zu einem Anstieg der Nahrungsmittelpreise und dadurch zu Hunger unter den Menschen in starker Armut führt. Somit besteht auch eine indirekte Wirkung auf die weltweite Ungleichverteilung. Um neue Anbau- und Weideflächen zu gewinnen, nehmen Agrarindustrie und Großgrundbesitzer, massive Brandrodung in den tropischen Regenwäldern vor.<sup>43</sup> Dieses Vorgehen führt zu einer Zunahme der Ungleichverteilung von Land. Durch Waldrodungen und Methanausscheidungen der Rinder kommt es zu erhöhten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Trotz dieser belegten Zerstörungszusammenhänge gelang es der brasilianischen Agrarlobby am 7.12.11 (Senat) beziehungsweise am 26.04.12 (Kongress) gegen den Widerstand der Regierungschefin Dilma Rousseff, eine Änderung des Waldgesetzes durchzusetzen, die unter anderem alle bis 2008 illegal gerodeten Waldflächen in Brasilien legalisiert.<sup>44</sup> Auf Druck von Millionen Brasilianern und vielen Umweltschutzorganisationen gegen 12 von 36 Änderungen am Waldgesetz entschied sich Rousseff am 28.05.12 ihr präsidentiales Veto einzulegen. Es kann jedoch durch eine Mehrheit in beiden Kammern außer Kraft gesetzt werden.<sup>45</sup>

Notleidende des Landkonfliktes sind die Landlosen und Kleinbauern, welche ihren Lebensunterhalt teilweise nicht selbst bestreiten können, sondern auf Unterstützung, zum Beispiel durch das Regierungsprogramm Bolsa Familia, angewiesen sind. Zu den Landlosen zählen Tagelöhner (Bóias frias), die in ihrem Lebensunterhalt zum Großteil von den Großgrundbesitzern abhängig sind, (kleinbäuerliche) Landpächter und die sogenannten ‚neuen Sklaven‘. Eine weitere Gruppe bilden die zahlreichen Arbeitslosen aus den Großstädten, die teilweise in der Hoffnung wieder aufs Land (zurück-)kommen, dort ihren Lebensunterhalt auf einem eigenen Stück Land bestreiten zu können. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Großgrundbesitzern, Agrarunternehmen und Polizei auf der einen Seite sowie Landlosen, Indigenen und Umweltschützern auf der anderen Seite. Infolge dieser Auseinandersetzungen trugen über die Jahre viele Menschen körperliche Schäden davon oder verloren sogar ihr Leben.<sup>46</sup>

---

<sup>43</sup> Blümel (2009).

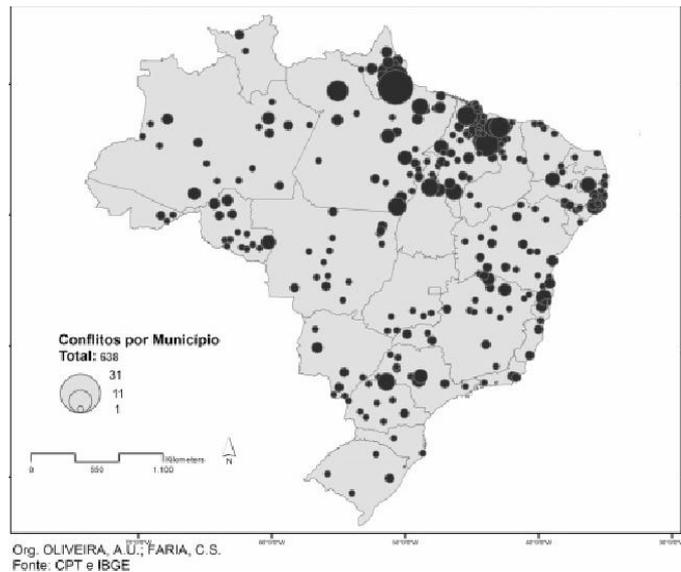
<sup>44</sup> n-tv (2011); brasilien Magazin (2011a).

<sup>45</sup> Vgl. brasilien Magazin (2011b); tagesschau.de (2012).

<sup>46</sup> CPT (2012), S. 15.

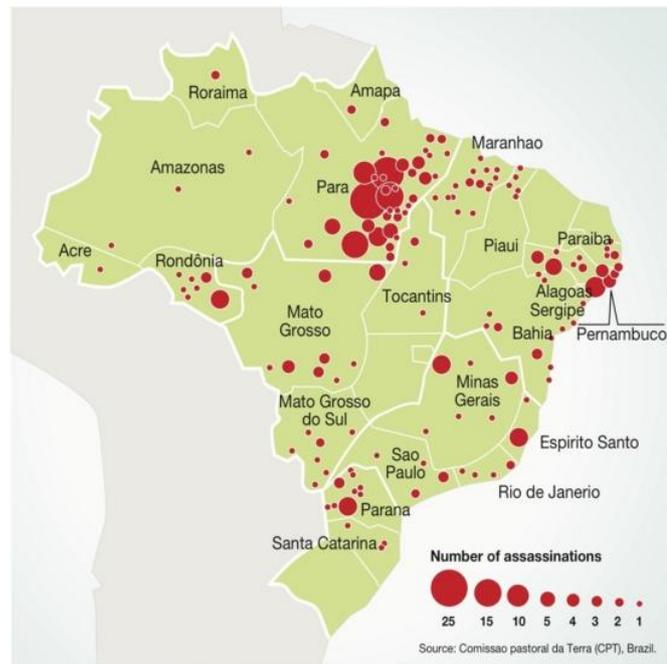
Wie anhand der Karten ersichtlich ist, konzentrieren sich sowohl die Zahl der Landkonflikte als auch die Anzahl der Todesopfer auf den nordöstlichen Teil Brasiliens, der gleichzeitig historisch bedingt die größte Ungleichverteilung von Land aufweist und zu den ärmsten Gebieten des Landes zählt. Da auch das Amazonasgebiet und andere Regenwaldflächen betroffen sind, ist auch die indigene Bevölkerung in den Konflikt involviert. Betroffen ist sie vor allem durch die Ausbreitung des Agrarsektors und der Holzindustrie in die Regenwälder Amazoniens. Bei der oft illegalen Erschließung neuen Landes durch Großgrundbesitzer und Agrarunternehmer greifen diese immer wieder zu Gewalt mit oft tödlichen Folgen für die indigene Bevölkerung. Die lokale Polizei ist entweder nicht präsent, oder hat kein Interesse an einem Schutz der Ureinwohner. Der Zentralstaat ist jedoch sehr weit weg, daher kommt sein Eingreifen oft zu spät oder kann nur einen kurzzeitigen Aufschub der Übergriffe erreichen, da keine dauerhafte Präsenz möglich ist. Gesetzesverstöße und Verbrechen der Großgrundbesitzer bleiben somit oft straflos.<sup>47</sup>

#### Anzahl der Landkonflikte pro Kommune bis 2010



Quelle: <http://selvavidasinfronteras.wordpress.com/2011/06/06/hannah-stone-amazon-murders-reveal-dark-pattern-of-land-conflicts/>.

#### Anzahl der Ermordeten im Landkonflikt bis 2009



Quelle: UNEP Vital Forest Graphics (2009), S. 57.

Hanns Wienold<sup>48</sup> behandelt in einem Abschnitt seines Buches ‚Das Leben und Sterben auf dem Land‘ die Rolle der ‚neuen Sklaven‘ in der brasilianischen Landwirtschaft. Danach

<sup>47</sup> Vgl. Wienold (2007), S. 1, 148f.; Survival International (2008).

arbeiten die heutigen Sklaven Brasiliens unter ärmlichen Bedingungen auf den Kaffee-, Zuckerrohr- oder Baumwollplantagen und wandern, wenn sie können, in Massen in die Städte ab, in welchen sie gezwungen sind, unter Ausschluss vom städtischen Arbeitsmarkt in Elendsvierten und Slums zu leben. Nach Artikel 149 des brasilianischen Strafgesetzbuchs (Código Penal Brasileiro) sind die Kennzeichen der Sklaverei: Entzug der Freiheit, den Arbeitsplatz zu verlassen, Androhung und Ausübung physischer Gewalt, inhumane Unterkunft und Verpflegung, Nichtversorgung bei Krankheit, Abzug der Kosten für Arbeitsgeräte vom Lohn und ein fehlender Arbeitsvertrag, wobei die zum Teil zu unkonkrete Formulierung dieser Kriterien eine Strafverfolgung erschwert. Die in Brasilien primär anzutreffende Art der Sklaverei kann als temporäre Schuldknechtschaft bezeichnet werden, die durch eine räumliche und soziale Isolation auf den Besitztümern der Großgrundbesitzer gekennzeichnet ist. Der gezahlte Lohn muss meist auch dafür genutzt werden die Unterkunft und Arbeitsmittel zu bezahlen und auch die Dinge des täglichen Bedarfs müssen vom Arbeitgeber erworben werden. So bleibt das Geld beim Arbeitgeber und in vielen Fällen müssen die Arbeitnehmer Schulden aufnehmen, die sie wiederum dazu zwingen weiter dort zu arbeiten. In der Vieh- und Landwirtschaft wird die Anzahl der auf diese Weise ausgebeuteten Menschen auf 40.000 geschätzt.

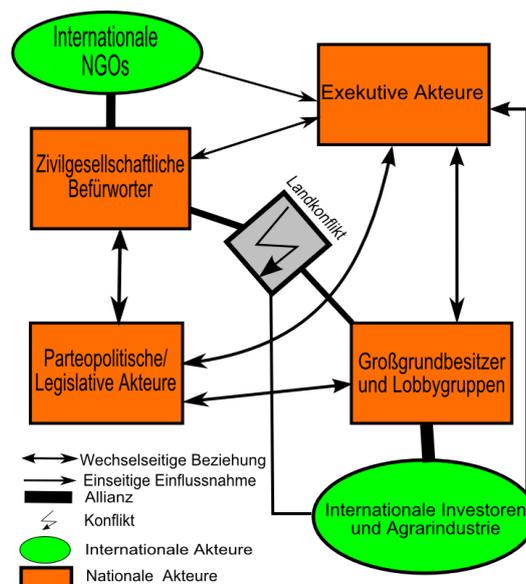
### 2.2.1 Verhalten, Haltungen der zentralen Konfliktparteien

In der Darstellung der aktuellen Situation wurden schon einige Akteure des Konflikts benannt. In diesem Abschnitt werden die konkreten Handlungen und Haltungen der zentralen Konfliktparteien näher beleuchtet.

#### Zivilgesellschaftliche Akteure, Kleinbauern und Landlose als Befürworter einer Agrarreform

Eine heterogene Gruppe zivilgesellschaftlicher Akteure bemüht

Akteurskarte: Landkonflikt Brasilien



Quelle: Eigene Darstellung.

<sup>48</sup> Wienold (2007), S. 129, 157-163.

sich darum, die Interessen der Landlosen und Kleinbauern im politischen Prozess zu vertreten. Als Landlose werden dabei all jene bezeichnet, die in Lohnabhängigkeit von den Großgrundbesitzern stehen, als Landpächter das Land der Großgrundbesitzer bewirtschaften oder als Besitzer sogenannter Minifundien<sup>49</sup> keine ausreichende Lebensgrundlage haben. Minifundien sind Familienbetriebe, die nicht genug Land besitzen, um sich selbst zu versorgen und somit zusätzlicher Erwerbsarbeit nachgehen müssen, meist in Form von Landarbeit für die Großgrundbesitzer. Gemeinsam ist allen Landlosen ihre extreme Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern. Die Zivilgesellschaftlichen Gruppen versuchen daher, diese Abhängigkeit zu verringern.

Die **CPT**, die Kommission für Landpastorale<sup>50</sup> spielte gerade zu Beginn der Landlosenbewegungen eine wichtige Rolle, weil sie die Etablierung der Landlosenbewegung erheblich und gezielt förderte. Weitere beteiligte Akteure stellen der Brasilianische Verband für die Landreform (**ABRA**), der Dachverband der Landarbeiter (**CONTAG**) und der Arbeitnehmersdachverband (**CUT**) dar, über die jedoch nur wenige Informationen vorliegen. Die letzten beiden könnten als Gewerkschaften bei der Konfliktlösung jedoch eine Rolle spielen.

Ebenfalls vom Konflikt betroffen ist die **indigene Bevölkerung** vor allem durch ihre hohe Ausbreitung im Amazonasgebiet. Organisiert sind die Indigenen in zahlreichen Gruppen und Vereinen von denen viele Mitglieder im Dachverband der indigenen Organisationen sind (**COIAB**).

Der wichtigste zivilgesellschaftliche Akteur ist die **MST - Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra**. Die MST wurde noch während der Militärdiktatur im Januar 1984 gegründet. Sie gilt als größte zivilgesellschaftliche Bewegung Südamerikas und national einflussreicher Akteur. Eine aktive Bewegung der Landlosen hat jedoch schon vor 1984 bestanden und noch immer gibt es neben der MST viele weitere, kleinere Landlosenorganisationen und unorganisierte Landlose. Die MST verfolgt neben ihrem Einsatz für eine Agrarreform, die eine Umverteilung von Land, die Beschneidung von Eigentumsrechten durch Verstaatlichung landwirtschaftlicher Betriebe und die Begrenzung von Landbesitz vorsieht, auch weitere Ziele. Die Abschlusserklärung des V. Nationalkongresses der MST vom 24.01.2009 beinhaltet als allgemeines Ziel ein „Projekt des Volkes gemeinsam zu

---

<sup>49</sup> Ihre Größe steht dabei in Abhängigkeit von der jeweiligen Bodenqualität und dem Anteil der Selbstversorgung und kann von unter 10 ha im Süden Brasiliens bis 100 ha in Amazonien reichen. Die notwendige Landgröße zur Selbstversorgung ist im modulo fiscal für jede Gemeinde gesondert definiert.

<sup>50</sup> Gehört zur katholischen Kirche, welche eine einflussreiche gesellschaftliche Institution in Lateinamerika bildet, und kümmert sich um die kirchliche Seelsorge in ländlichen Gebieten.

entwickeln, welches dem Neoliberalismus, dem Imperialismus und den strukturellen Ursachen der Probleme, die das brasilianische Volk belasten, entgegentritt.“<sup>51</sup> In ihren Forderungen kommen oft sozialistisch gefärbte Formulierungen zum Einsatz und ein Teil der Mitglieder strebt langfristig einen staatlichen Systemwechsel hin zum Sozialismus an.<sup>52</sup> Um ihre kurz- und mittelfristigen Ziele zu erreichen, arbeitet die MST jedoch auch mit Institutionen des aktuellen politischen Systems zusammen. Zwar gibt es viele Mitglieder mit moderaterer Einstellung, aber trotzdem führt ihre Weltsicht oft zu Konflikten mit rechten, konservativen und wirtschaftsliberalen Parteien. Zudem schränkt sie die Kompromissfähigkeit der MST teilweise ein. Die abstrakten Feindbilder ‚Neoliberalismus‘ und ‚Imperialismus‘ prägen die Rhetorik der MST.<sup>53</sup> Besonders gegenüber marktwirtschaftlich orientierten Lösungsansätzen, wie beispielsweise ein von der Weltbank mit Kreditvergaben geförderter Aufkauf von Land und die Finanzierung moderner Produktionsmittel, nimmt die MST eine Blockadehaltung ein, die ihren Kooperativen eine Beteiligung an solchen Initiativen verwehrt.<sup>54</sup> Dies lässt sich durch die historischen Erfahrungen mit der extremen Kapitalismustheorie der Chicago-School um Milton Friedman erklären. Die sogenannten ‚Chicago-Boys‘ hatten besonders in den 70iger und 80iger Jahren Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Militärdiktaturen Lateinamerikas ausgeübt und mit diesen kollaboriert um eine radikale Liberalisierung, den Rückzug des Sozialstaats und einem Ausverkauf von Staatseigentum unter dem Deckmantel der Privatisierung forciert. Dies führte damals zu einem starken Anstieg der sozialen Ungleichheit und Armut. Die Folgen der daraus entstandenen gesellschaftlichen Konflikte sind bis heute deutlich spürbar. Neben dem Versuch, die Parteien, insbesondere die PT und das Präsidentenamt durch Lobbyarbeit zu beeinflussen, setzt die MST auf direkte Aktionsformen wie Besetzungen beziehungsweise Blockaden von Land, Gebäuden und Straßen. Gerade Landbesetzungen sieht die MST als geeignetes Mittel, um Druck auf den Staat auszuüben und Enteignungsprozesse anzustoßen.<sup>55</sup> Die folgende Tabelle stellt die **Landbesetzungen in Brasilien im Jahr 2001** dar und verdeutlicht den Stellenwert der MST im Landkonflikt und insbesondere für die Landlosen.

---

<sup>51</sup> Freundinnen und Freunde der MST Deutschland.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Käss (2007), S. 18.

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> De la Fontaine (2007), S. 71.

Ländliche Sozialbewegung bzw. -organisation	Anzahl von Landbesetzungen	
	Absolut	Prozentual
MST	84	43,3
Einzelstaatliche Landarbeiter-Gewerkschaftsföderationen	25	12,9
Lokale Landarbeitergewerkschaften	23	11,8
Gewerkschaftsdachverband CUT	15	7,7
Übrige Organisationen	47 (je 1 bis 5)	24,2 (0,5-2,6)
Insgesamt	194	100

Quelle: Calcagnotto, S. 196, Stand: 2001.

Die MST ist für fast die Hälfte aller Landbesetzungen des Jahres 2001 verantwortlich und die einzige Landlosenorganisation, die auf nationaler Ebene einen gewissen Einfluss ausüben kann. Der **CONCRAB**, der Nationale Dachverband der Kooperativen<sup>56</sup> der Landreform, verbindet netzwerkartig alle lokalen Kooperativen der MST. Er bildet in Form einer GmbH die rechtlich verfasste Vertretung der MST auf nationaler Ebene. Der CONCRAB vertritt sie gegenüber Legislative und Exekutive auf nationaler Ebene und ermöglicht durch seine juristische Verfasstheit den Empfang und die Verteilung von Staatsgeldern.<sup>57</sup> Mit dieser Verteilungskompetenz sichert die MST-Führung nicht nur die Umsetzung eigener Ziele, sondern auch Macht und Einfluss auf die Geldempfänger - die ländlichen Kooperativen und ihre Mitglieder. Gruppen, die den Zielen der MST kritisch gegenüberstehen, riskieren leer auszugehen. Auch ist die Animation von Arbeitslosen aus den Städten zur Teilnahme an Landbesetzungen kritisch zu sehen, da diese oft keine oder kaum Kenntnisse über Ackerbau haben. Dies hat zur Folge, dass die Ansiedlung das Leben der Menschen nicht in jedem Fall verbessert und die erfolgreiche Eingliederung oft misslingt. Dies zeigt sich auch in den Abbruchquoten, die bei circa. 30% liegen.<sup>58</sup> Durch sein Bestreben, die bestehenden sozialen und politischen Strukturen zu verändern und durch die damit einhergehenden Konflikte mit Gruppen, die diesem Interesse entgegenstehen, ist die MST und die gesamte Landlosenbewegung eine Triebfeder des Konflikts, aber auch die einzige Gruppe die eine Veränderung der bestehenden Ungerechtigkeiten anstoßen kann. Indem MST allerdings den Landkonflikt mit den Zielen eines grundsätzlichen Systemwandels verbindet, artikuliert sie

<sup>56</sup> Als Kooperativen werden die formal vom Staat anerkannten Siedlungen von Landlosen bezeichnet, welche infolge von legalisierten Besetzungen oder erfolgreichen Ansiedlungen durch den Staat entstehen.

<sup>57</sup> De la Fontaine (2007), S. 54.

<sup>58</sup> Graziano (2005), S. 60.

den Konflikt auf eine Art und Weise, die eher zu einer Verschärfung als zu einer Konfliktlösung führt.

## **Ablauf von Landbesetzungen**

*„Bedenkt man, dass diese Familien unter Plastikplanen und oft in Gebieten ohne jegliche Infrastruktur leben, oft bedroht oder sogar ermordet werden von den Milizen der Großgrundbesitzer und diese Situation in den meisten Fällen über Jahre hinweg ertragen, wird deutlich, wie Groß einerseits die Verzweiflung und die Armut und andererseits die Hoffnung auf den Besitz eines eigenen Stück Landes und die Verbesserung der Lebensverhältnisse sein muss.“<sup>59</sup>*

Die wichtigste Aktionsform für die MST ist die Besetzung von unproduktiven Ländereien. Diese Aktionsform bildet vor allem ein Mittel, um öffentlichen Druck auf die Justiz auszuüben, die auf kommunaler Ebene oft durch die Einflussnahme der Großgrundbesitzer und Landbesitzer gelähmt ist und in vielen Fällen nur durch solche Aktionen dazu gedrängt werden kann, die Anliegen der Landlosen wahrzunehmen und ihren Aufgaben als Konfliktlösungsinstanz nachzukommen.<sup>60</sup> Dies ändert jedoch in vielen Fällen nichts daran, dass die Ergebnisse von Verhandlungen/Vermittlung (zwischen Landlosen und Großgrundbesitzern) oft durch die politische Macht der Großgrundbesitzer beeinflusst werden.

Die Teilnehmer von Landbesetzungen sind meist landlose Familien unter der Führung von Koordinatoren der beteiligten Landlosenorganisation. Die Familien stammen oft aus provisorischen Zeltlagern entlang von Landstraßen, in denen sie ein tristes Leben führen und kaum Möglichkeiten haben ein sicheres und dauerhaftes Einkommen zu erlangen. In den meisten Fällen kennen nur die Koordinationsmitglieder der regionalen Bewegung den genauen Ort, an welchem die Landbesetzung durchgeführt werden soll. Sie halten diese Informationen streng geheim, um einem Eingreifen von Polizei und Sicherheitspersonal der Latifundien vorzubeugen.<sup>61</sup> Ziel einer Landbesetzung ist in der Regel die Übernahme unproduktiver Ländereien, unabhängig davon, ob sie sich in privater Hand eines Großgrundbesitzers oder im Besitz des Staates befinden.<sup>62</sup> Der Ablauf einer Landbesetzung gestaltet sich meist ähnlich. Hat sich eine genügend große Anzahl von Teilnehmern gebildet,

---

<sup>59</sup> Bader (2004).

<sup>60</sup> Marschner (2005), S. 207f.; Bader (2004).

<sup>61</sup> Marschner (2005), S. 208.

<sup>62</sup> Steinfelder (2001), S. 50.

erfolgt die Landbesetzung normalerweise in der Nacht. Danach beginnt die Errichtung eines Zeltlagers und die Familien beginnen mit der Bewirtschaftung des Landes zur Eigenversorgung des Lagers. Es werden Mais, Maniok und andere Lebensmittel angebaut. Ein Teil der Lagerbewohner versucht, Arbeit in naheliegenden Städten zu finden.<sup>63</sup> Eine Landbesetzung wird dann als erfolgreich angesehen, wenn ein staatlich rechtlicher Enteignungsprozess vollzogen wurde und die Landparzellen unter Koordination der Agrarbehörde INCRA und den Koordinatoren des Lagers unter den landlosen Familien verteilt wurden.<sup>64</sup> Nach der erfolgreichen Besetzung kommt es zur Errichtung einer Kooperative und zum Bau fester Behausungen. Die Kooperativen streben an, nachhaltig zu wirtschaften und die Produktion über den Eigenbedarf hinaus zu erhöhen, können diese Ziele aber nicht immer realisieren.

### **Zivilgesellschaftliche Akteure und Unternehmen als Gegner einer Agrarreform**

Unter den **zivilgesellschaftlichen Gegnern einer Agrarreform** spielen vor allem Großgrundbesitzer und Agrarindustrie eine entscheidende Rolle. Diese zwei Gruppen von Landbesitzern lassen sich allerdings oft nicht mehr voneinander trennen, da sich ein Großteil der früheren Latifundien in Agrarbetriebe verwandelt hat, die industrielle Landwirtschaft betreiben.<sup>65</sup> In dieser Akteursgruppe lässt sich kein zentraler Akteur erkennen. Allen gemeinsam ist, dass sie die vorherrschenden Besitzverhältnisse konservieren wollen und somit in Opposition zur Agrarreform sowie deren Befürworter stehen.

Der **UDR**, als Interessenverband der Großgrundbesitzer, ist ein Zusammenschluss auf nationaler Ebene. Er hat sich vor allem der Verteidigung von Individualinteressen und Privateigentum verschrieben und übt großen Einfluss auf (rechts-) konservative und wirtschaftsliberale Parteien aus. Einen ähnlichen Akteur bildet der Verband der Landwirtschaftsunternehmen (**ABAG**), welcher die Interessen nationaler und internationaler Großunternehmen aber auch von Banken und Financiers aus dem Bereich der extensiven Landwirtschaft vertritt. Er übt Einfluss auf die nationale und lokale Politik aus und hat starke personale Verbindungen zur Regierung. So war der jetzige Minister des MAPA zuvor Präsident des ABAG.<sup>66</sup>

Auf regionaler Ebene vertreten Großgrundbesitzer ihre Interessen oft selbst und unterminieren das Gewaltmonopol des Staates. So gibt es vielfältige Berichte über Übergriffe von

---

<sup>63</sup> Wienold (2007), S. 138.

<sup>64</sup> Marschner (2005), S. 209.

<sup>65</sup> Graziano (2006), S. 108.

<sup>66</sup> De la Fontaine (2007), S. 64.

sogenannten ‚Pistoleros‘ und privaten Sicherheitsdiensten der Großgrundbesitzer auf Landbesetzer, aber auch auf indigene und legale Kleinbauern, um diese zu vertreiben beziehungsweise sich deren Land anzueignen.<sup>67</sup> Aufgrund der fehlenden Präsenz der Zentralregierung in ländlichen Gebieten und der politischen Macht und Einflussnahmen der Großgrundbesitzer auf lokale Regierungen und Polizeiapparate bleiben die Verantwortlichen oft ungestraft. Dies verhindert eine effektive Deeskalation und lässt das Vertrauen der Betroffenen in die Regierung schwinden. Die Gouverneure der ländlich geprägten Bundesstaaten sind häufig selbst Großgrundbesitzer und insbesondere auf lokaler Ebene stark in den politischen Institutionen vertreten. Zusätzlich wird ihnen immer wieder Einflussnahme auf die Justiz und den Polizeiapparat auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene vorgeworfen.<sup>68</sup>

### **Parteilpolitische/Legislative Akteure**

#### *Parteilpolitische/Legislative Akteure (Intern)*

Als Akteure der legislativen Ebene sind Parteien, Fraktionen beziehungsweise deren Abgeordnete beteiligt.

Da die Parteienlandschaft Brasiliens zersplittert und in ihren inhaltlichen Positionen äußerst heterogen ist, erweist sich eine klare Zuordnung der Konfliktparteien auf legislativer Ebene als schwierig. Klare Position bezieht die *Bancada Ruralista*, welche als Fraktion mehrerer rechter und konservativer Parteien (PFL, PPB, PTB, PL-PSL und PSC) ca. 1/3 der Stimmen im Nationalkongress auf sich vereinigt. Sie setzt sich offensiv für die Interessen der Großgrundbesitzer und Agrarindustrie und gegen eine Agrarreform ein. Ihr gelingt es gemeinsam mit den konservativen Parteien der Mitte (PSDB, PMDB, PST, PTN), welche ebenfalls ca. 1/3 der Stimmen auf sich vereinigen, eine umfassende Agrarreform zu blockieren.<sup>69</sup> Auch der Koalitionspartner der PT, die Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PMDB) ist eher an einer wirtschaftsliberalen, exportorientierten Landwirtschaft interessiert.

Wichtigster legislativer Akteur ist seit 2002 die Regierungspartei **PT - Partido dos Trabalhadores**: Die Brasilianische Arbeiterpartei wurde am 10. Feb. 1980 gegründet und entstand somit parallel mit dem MST und der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, denen sie politisch nahe steht. Politisch lässt sie sich dem demokratischen Sozialismus zuordnen. Sie stellt seit 2003 den/die PräsidentIn und bildet mit ca. 17% der Sitze die größte Partei im

---

<sup>67</sup> Vgl. Schikora (2001), S. 36; Amnesty International (2009), S. 2; Amnesty International (2010), S. 3; Amnesty International (2011), S. 3.

<sup>68</sup> Lichterbeck (2011).

<sup>69</sup> De la Fontaine (2007), S. 49.

Abgeordnetenhaus und mit ca. 16% die zweitgrößte Partei im Senat.<sup>70</sup> Anhand dieser geringen Prozentwerte lässt sich erahnen, wie schwierig Regierungsbildung und Mehrheitsfindung für die PT als stärkste Regierungspartei sind. Seit sie Regierungsverantwortung trägt, musste sie viele Kompromisse eingehen, da in der Koalition mit der konservativen **PMDB** und acht weiteren Parteien sehr unterschiedliche Interessen vereinigt werden müssen.

Gerade in den Wahlkämpfen 2003 und 2010 setzte sich die PT stark für die Interessen der Landlosen ein und zeigte sich deren Bewegung sehr nahe. Allerdings gestaltet sich eine Umsetzung der Pläne für den Agrarsektor, wie stärkere Bemühungen zur Enteignung von Land und zur Ansiedlung von Landlosen, in der Praxis als äußerst schwierig. Dies liegt zum einen an den Zwängen und Einschränkungen durch die heterogene Regierungskoalition (Zehnparteienkoalition) und könnte zum anderen darauf hindeuten, dass die Gegebenheiten der Landnutzung heute nicht mehr so sind wie früher. Kritiker werfen der PT mit ihrem teilweise sehr wirtschaftsfreundlichen Kurs vor, sich zu sehr von ökonomischen Interessen leiten zu lassen und diejenige, die sie gewählt haben zu verraten.<sup>71</sup>

#### *Exekutive Akteure*

Neben ihrer legislativen Funktion spielt die PT, seit ihren Wahlerfolgen 2003 und 2010 auch in der Exekutive eine Rolle, da sie seitdem an der Regierungsbildung beteiligt ist und den/die **PräsidentIn Brasiliens** stellt. Dies war bis Ende 2010 **Lula da Silva** und ist seit Anfang 2011 **Dilma Rousseff**. Die zentrale Rolle des Präsidenten ist, anders als in Deutschland, mit wichtigen gesetzgebenden Kompetenzen im semipräsidentiellen Regierungssystem Brasiliens, in der Verfassung festgeschrieben.<sup>72</sup> Er kann ‚Dekrete im Sinne der öffentlichen Nutzung‘ und ‚Dekrete im Sinne des sozialen Interesses mit Ziel der Landreform‘ zur Enteignung von Land verabschieden und könnte somit die Agrarreform direkt beeinflussen. In der Praxis zeigt sich jedoch ein anderes Bild.

**Lula da Silva** stand als Gründer der PT und ehemaliger Betriebsrat den Gewerkschaften und auch der Landlosenbewegung nahe. Die MST hat in den Wahlkämpfen 2002 und 2006 sowohl die PT als auch da Silva als Person persönlich unterstützt. Da Silva ist der erste brasilianische Präsident, der tatsächlich direkte Gespräche mit der MST führte. Die Erwartungen an ihn waren dementsprechend hoch. Er hatte im Wahlkampf versprochen, die

---

<sup>70</sup> CIA (2011).

<sup>71</sup> De la Fontaine (2007), S. 62.

<sup>72</sup> De la Fontaine (2007), S. 52, S. 74.

Interessen der Landlosen aktiv zu vertreten und eine Landreform umzusetzen, aber bis zum Ende seiner Regierungszeit hat er nur einen Bruchteil der Zusagen gehalten.<sup>73</sup> So wollte er in drei Jahren zwischen 2003 und 2006 mehr als 500.000 Familien ansiedeln, hat jedoch Schätzungen zufolge in seinen acht Regierungsjahren insgesamt lediglich 200.000 – 400.000 Familien angesiedelt. Damit blieb seine Bilanz schlechter als die seines Vorgängers.<sup>74</sup> Allerdings hat sein Vorgänger fast ausschließlich öffentliches Land ‚verteilt‘, während unter da Silva auch Gebiete mit unklaren Besitzverhältnissen enteignet wurden. Dies deutet darauf hin, dass die aktuelle Gesetzeslage, welche die Enteignung von produktivem Land in jedem Fall verbietet, die Durchsetzung von Enteignungen stark einschränkt. Dabei spielt die Modernisierung der Landwirtschaft und die somit tendenziell intensivere Nutzung der Agrarfläche eine wichtige Rolle. Die von da Silva in diesem Bereich unterstützte Politik gilt als eine seiner größten Fehlentscheidungen. Durch die Unterstützung internationaler Großkonzerne (u.a. Monsanto, Archer Daniels Midland, Cargill und Syngenta) konnten diese ihre Aktivitäten in Brasilien verstärken und Verträge mit Großgrundbesitzern schließen.<sup>75</sup> Eine Folge dieser Politik da Silvas war die extreme Ausbreitung von Soja-Plantagen, riesiger Vieh ranches und industrieller Farmen. Dies führte zu einer Vertreibung von Kleinbauern und Indigenen, zu Regenwaldrodungen und diente lediglich dem wirtschaftlichen Profit einer kleinen Elite brasilianischer sowie internationaler Unternehmen und Investoren. Ein anderes Regierungsprogramm, das bisher größtenteils als Erfolg einzustufen ist, stellt Bolsa Familia dar. Es unterstützt arme Familien durch finanzielle Mittel und hat vor allem zum Ziel, den Hunger in Brasilien zu reduzieren. Bis zu zwölf Mio. Menschen erhielten 2011 Bezüge aus dem Regierungsprogramm. Als bedürftig gelten allerdings nur Familien, die im Monat weniger als umgerechnet 65€ zum Leben haben.<sup>76</sup> Dies ist problematisch, da die Lebensmittelpreise in Teilen Brasiliens, durchaus mit denen in Europa vergleichbar sind.<sup>77</sup> Dies trifft vor allem für die städtischen Gebiete zu, während das Preisniveau auf dem Land wesentlich niedriger ausfällt.<sup>78</sup> Trotzdem stellt Bolsa Familia ein relativ effektives Programm zur Reduzierung der Unterernährung in den armen Gesellschaftsschichten Brasiliens dar.

---

<sup>73</sup> Vgl. Käss (2004), S. 5; Bader (2004).

<sup>74</sup> Kooperation Brasilien (2011).

<sup>75</sup> Dangl (2010).

<sup>76</sup> Wienold (2007), S. 160; Duffy (2010); Hart (2010).

<sup>77</sup> Auf dem sogenannten Big-Mac-Index steht Brasilien 2011 weltweit auf Platz 4 hinter Ländern wie Norwegen und der Schweiz.

<sup>78</sup> The Economist online (2011); Busch (2010).

Die 2011 gewählte Präsidentin Brasiliens **Dilma Rousseff** hat bei ihrem Amtsantritt angekündigt, im Bereich der Landwirtschafts- und Agrarpolitik die fragwürdige Politik ihres Vorgängers da Silva fortführen zu wollen.<sup>79</sup> Auch ist davon auszugehen, dass Rousseff die Politik zur Legalisierung von genetisch modifizierten Organismen und Pestiziden, welche eine hohe Belastung für das bereits geschädigte Ökosystem darstellen, weiterführen wird. Zusätzlich hat die Regierung unter Rousseff das Budget, das dem INCRA zum Kauf von Land und der Einrichtung von Siedlungen für die landlosen Bauern zur Verfügung steht, von 2.5 Milliarden auf 530 Mio. Real reduziert.<sup>80</sup> Rousseff wurde zwar während ihres Wahlkampfes von der MST unterstützt, aber nach Angaben des Vorsitzenden der MST nur deshalb, weil der rechtskonservative Gegenkandidat José Serra als eine noch schlechtere Alternative und eine Gefahr für die Landlosenbewegung eingeschätzt werde. Unter der Regierung Rousseff sieht die MST auch in Zukunft die eigenmächtige Besetzung von Ländereien als erfolgsversprechende Handlungsoption an.<sup>81</sup> Es lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, wie sich die seit dem Jahr 2011 im Amt befindliche Präsidentin Rousseff bezüglich der Landreform verhalten wird, jedoch zeigen sich Vertreter der Landlosenbewegung aufgrund ihrer Positionierung zur Politik ihres Vorgängers wenig hoffnungsvoll, eine weitgehende Unterstützung von Regierungsseite zu erhalten.

Neben der Präsidentin haben die beiden Landwirtschaftsministerien Brasiliens eine wichtige Rolle im Bezug auf die Agrarreform. Unter da Silva entstand eine Doppelstrategie, die durch eine Kompetenzteilung sowohl die industrielle Landwirtschaft als auch die Landlosenbewegung fördern sollte. Dem wirtschaftlich orientierten **MAPA** (Ministério da Agricultura, Pecuária e Abastecimento) – Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Versorgung – steht der ehemalige Präsident des ABAG vor. Es ist somit vor allem durch die Interessen der Großgrundbesitzer und der nationalen und internationalen Landwirtschaftsindustrie geprägt. Das jährliche Budget beträgt ca. 7,5 Mrd Real (2003).

Das eher sozialpolitisch orientierte **MDA** (Ministério do Desenvolvimento Agrário) – Ministerium für ländliche Entwicklung – ist stark durch Mitglieder und Sympathisanten der MST geprägt und betreibt dementsprechende Regierungsarbeit. Sein jährliches Budget ist mit ca. 1,5 Mrd. Real (2003) allerdings deutlich kleiner als das des MAPA, was auf den

---

<sup>79</sup> Dangl (2011).

<sup>80</sup> Lungs of the Earth Blog (2011).

<sup>81</sup> Dangl (2010).

geringeren Stellenwert in der Regierung hindeutet.<sup>82</sup> Die klare Trennung in zwei Ministerien kann durchaus als Teil des Problems aufgefasst werden, da die ländliche Entwicklung nicht in ihrer Gänze betrachtet wird. Dies äußert sich darin, dass sich die Maßnahmen des MDA kaum an wirtschaftlicher Rationalität ausrichten und mehr als ein Mittel der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik betrachtet wird, während das MAPA als Institution zur Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum agiert, jedoch die sozialen Probleme der armen Landbevölkerung ausklammert.<sup>83</sup>

Die dem MDA untergeordnete Agrarreformbehörde **INCRA** (Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária), welche eingerichtet wurde, um den Enteignungs- und Ansiedlungsprozess voranzutreiben, ist ein weiterer wichtiger exekutiver Akteur. Dieser Behörde wird vorgeworfen, zu wenig Eigeninitiative bei der Suche nach unproduktivem Land zu zeigen und somit ihrer Verpflichtung nicht nachzukommen. Vielfach beschränkt sie sich darauf, von Landlosen besetztes Land durch Entschädigungszahlungen an die Großgrundbesitzer oder Ankauf zu legalisieren. Ohne den Druck der MST und anderer Landlosenbewegungen würde dieser Prozess wahrscheinlich noch langsamer voranschreiten oder zum Stillstand kommen.

Die Dominanz der MST im Kampf um eine gerechtere Landpolitik und die Zurückhaltung des Staates bei der Enteignung von Land haben große Nachteile für andere Landlosenbewegungen und unorganisierte Landlose. Da es keinen staatlich geregelten Prozess gibt, der alle Bedürftigen gleich behandelt, ist die MST in der Lage zu selektieren, ihre Ideologie zu verbreiten und eine quasistaatliche Struktur zu etablieren, welche ihnen zugesprochene Steuergelder verteilt und die Landlosen in ihren Kooperativen somit von sich abhängig macht. Andersdenkende werden schnell als Diener des Neoliberalismus verurteilt und ausgeschlossen.

Weitere beteiligte Akteure sind bundesstaatliche sowie lokale Regierungen und deren Polizeiapparat. Deren Handlungen weisen auf ein weiteres großes Problem des Landes hin: die auf allen Regierungsebenen verbreitete Korruption. Einer Studie des Industrieverbandes São Paulos zufolge entsteht durch Korruption ein jährlicher wirtschaftlicher Schaden von bis zu 30 Milliarden Euro. Die Berechnungen ergaben, dass sich das Pro-Kopf-Einkommen ohne Bestechung um bis zu 15,5% erhöhen würde. Die Studie führt jedoch auch die Bemühungen bei der Eindämmung von Korruption auf. So wurde beispielsweise in Zusammenarbeit mit

---

<sup>82</sup> De la Fontaine (2007), S. 63 f.

<sup>83</sup> Käss (2007), S. 27.

den USA die Initiative ‚Open Government Partnership‘ gegründet und in diesem Zusammenhang im Internet ein sogenanntes ‚Transparency Portal‘ geschaffen, auf dem Bürger jederzeit Einsicht über die Verwendung staatlicher Gelder nehmen können.<sup>84</sup> Jedoch ist fraglich, ob diese Maßnahmen wirksam genug sind. Allein im Jahr 2011 traten binnen fünf Monaten fünf Minister der Regierung nach Korruptionsvorwürfen von ihrem Amt zurück. Auch die Polizei im Land ist von den Problemen der Korruption betroffen. In Rio de Janeiro wurden im Februar 2011 22 Polizisten verhaftet, denen unter anderem Korruption und Zusammenarbeit mit Milizen und Drogenhändlern vorgeworfen wird.<sup>85</sup> Die Bestechlichkeit des Beamtenapparats auf allen Ebenen verschlechtert die ohnehin starke soziale Ungerechtigkeit. Sie sorgt dafür, dass Gruppen mit geringen finanziellen Mittel Probleme bei der Durchsetzung ihrer Interessen haben, während die reiche Oberschicht davon profitiert und sich Teile des Beamtenapparats und der Justiz zu Diensten machen zu können. Dies spielt auch und gerade im Landkonflikt eine wichtige Rolle, in dem zum Beispiel Eigentumstitel illegal erkaufte werden, der Polizeiapparat kontrolliert wird oder die Entscheidungen der Justiz beeinflusst werden. Dies sorgt dafür das Verbrechen der Großgrundbesitzer nur schwach oder gar nicht verfolgt werden beziehungsweise das nicht die Drahtzieher, sondern deren Strohmänner bestraft werden und verhindert eine rechtstaatliche Auseinandersetzung mit einzelnen Landkonflikten.

### **Internationale Akteure**

Auch internationale Akteure spielen auf verschiedenen Ebenen eine Rolle. Institutionen wie der Internationale Währungsfond (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO) nehmen zum Beispiel durch ihren Einfluss auf die ökonomischen Grundstrukturen (Liberalisierung und Marktöffnung) Einfluss auf den Konflikt. Auf niedrigerer Ebene engagiert sich zum Beispiel die Internationale **Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** (Weltbank) mit dem Programm Piloto Cédula da Terra (Pilotprogramm Bodenurkunde) in Brasilien. Dieses beruht auf günstiger Kreditvergabe und eingehender Beratung von armen oder landlosen Bauern, um diese dabei zu unterstützen, aus eigener Kraft wirtschaftlich effiziente Landwirtschaft zu betreiben. Dieses Programm ist ein Beispiel für eine marktorientierte Alternative zu einer auf Enteignung beruhenden Agrarreform. Es trifft daher auf den Widerstand der MST, die sich

---

<sup>84</sup> Brasilien Magazin (2011b); Sobrinh (2011).

<sup>85</sup> derStandard.at. (2011).

durch diese Alternative in seiner Vormachtstellung bedroht sieht und diese Initiative ablehnt.<sup>86</sup>

Zusätzlich drängen mittlerweile viele **internationale Landwirtschaftsunternehmen** und **Investoren** auf den Markt, welche die Kleinbauern einem wachsenden Konkurrenzdruck aussetzen.<sup>87</sup> Zusätzlich kommt es auf dem Milch-, Getreide-, und Saatgutmarkt aufgrund des zunehmenden Abbaus der Handelsschranken zu asymmetrischer Konkurrenz mit transnationalen Unternehmen wie Cargill, Nestlé, und speziell Monsanto, das durch seinen aggressiven Saatgutvertrieb einen immensen Einfluss auf die Entwicklung der brasilianischen Landwirtschaft hat.<sup>88</sup>

Andererseits sind auch viele internationale NGOs wie Transparency International (TI), Amnesty International (AI) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Brasilien aktiv und versuchen den Landkonflikt zu entschärfen. So arbeitet die ILO mit der brasilianischen Regierung gemeinsam an einem Projekt zur Bekämpfung der Sklavenarbeit.<sup>89</sup> Vom 7.-10. November 2012 veranstaltete TI in Brasilia die 15te Internationale Anti-Korruption Konferenz unter dem Motto „Mobilising People: Connecting Agents of Change“. Diese soll eine Stärkung der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit der einzelnen Akteure forcieren. Jährlich wird zudem ein Korruptionsindex veröffentlicht, der Brasilien im Jahr 2011 auf Platz 71 von 142 Ländern einstuft.<sup>90</sup> Des Weiteren ist La Via Campesina, eine internationale Landlosenbewegung, welcher auch die MST angehört, im Land aktiv. Das Netzwerk setzt sich global für ein würdiges Leben von Kleinbauern, Landlosen und Landarbeitern ein und fordert einen freien Zugang zu und einen nachhaltigen Umgang mit den Produktionsmitteln wie Land, Wasser, biologischer Vielfalt und Saatgut. So organisierte sie jährlich am 17. April einen weltweiten Aktionstag für Ernährungssouveränität und bäuerliche Rechte. Das Datum wurde im Gedenken an 19 Landlose (MST-Mitglieder) gewählt, die am 17. April 1996 in Brasilien ermordet wurden, als sie mit einer Straßenblockade für eine Agrarreform demonstrierten. Dieser Tag wird auch in Deutschland durch Aktionen von NGOs wie zum Beispiel Inkota und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. unterstützt.<sup>91</sup>

---

<sup>86</sup> Käss (2007), S. 28.

<sup>87</sup> De la Fontaine (2007), S. 57.

<sup>88</sup> Dangel (2010).

<sup>89</sup> Wienold (2007), S. 157.

<sup>90</sup> Transparency (2012).

<sup>91</sup> Vgl. La Via Campesina (2010); Inkota Netzwerk e.V. (2012); Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (2012).

## 2.2.2 Grundbedürfnisse und die Legitimität von Interessen

In diesem Abschnitt prüfen wir die Legitimität der Interessen und des Handelns der Parteien unter Rückgriff auf drei Konzepte. Erstens beziehen wir uns auf die These von Johan Galtung, nach der Überleben, Wohlergehen, Freiheit und Identität Bedürfnisse sind, die unabdingbar mit der menschlichen Existenz verbunden und daher immer legitim sind.<sup>92</sup>

Zweitens beziehen wir uns auf das Konzept der Menschenrechte. Da Brasilien als Mitglied der Vereinten Nationen sowohl die UN-Menschenrechtscharta, wie auch die beiden nachfolgenden und präzisierenden Menschenrechtspakte, den Zivilpakt<sup>93</sup> und den Sozialpakt<sup>94</sup> anerkannt hat, muss sich die Politik Brasiliens daran messen lassen.

Drittens existieren Normen, die für Brasilien spezifisch sind. Sie erwachsen aus den Gesetzen des Staates. Zu ihnen gehört die Sozialfunktion des Landes.

Im hier behandelten Konflikt werden in erster Linie die Grundbedürfnisse der Landlosen verletzt. Sie können Nahrung und andere ‚alltägliche‘ Verbrauchsgüter kaum selbst finanzieren. Vielen fehlt ein Obdach und von einem ‚menschenswürdigem‘ Leben der Familien mit Kindern kann oft nicht gesprochen werden. Sie haben das Bedürfnis, ihr Leben aus eigener Kraft zu erhalten und ein selbstständiges Leben zu führen. All diese Anliegen sind legitim. Wenn sie nun versuchen, die Befriedigung von Grundbedürfnissen zu realisieren, ist dies ebenfalls legitim. Wenn sie diese Umsetzung betreiben, indem sie Land besetzen, auf dem sie Ackerbau betreiben können, riskieren sie, sich in die Falle zwischen legitimen Zielen und illegitimen Mitteln zu begeben. Landbesetzungen sind in aller Regel illegal, sie verletzen Eigentumsrechte. Die Landlosen geraten somit in den Konflikt mit dem Gesetz, das die Eigentumsrechte der Besitzenden mehr schützt als die Grundbedürfnisse der Besitzlosen. Daraus ergibt sich als Kernfrage, ob sie über Mittel verfügen, um ihre berechtigten Anliegen ohne Landbesetzungen beziehungsweise ohne Verletzung der Rechte von Eigentümern zur Sprache zu bringen und auf eine Durchsetzung eigener Ansprüche zu hoffen. Das ist im gegenwärtigen Brasilien nicht oder kaum der Fall. Die Landlosen werden also durch ein politisches System, das ihnen keine Artikulationschancen gibt in ein Konfliktverhalten gedrängt, das sie ins Unrecht setzt und damit auch langfristig Verlierer in diesem Konflikt bleiben lässt.

---

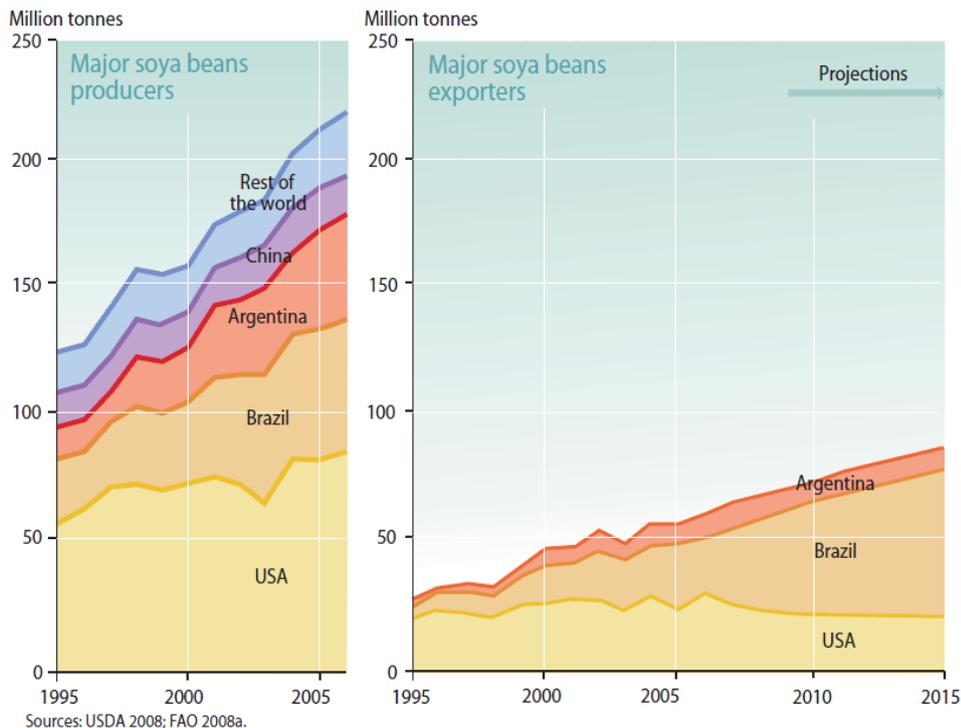
<sup>92</sup> Galtung (2003), S. 27.

<sup>93</sup> Der UN-Zivilpakt (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte) legt die Rechtsverbindlichkeit der in der UN-Menschenrechtscharta aufgeführten grundlegenden Menschenrechte fest und wurde bis jetzt von 168 Staaten ratifiziert.

<sup>94</sup> Der UN-Sozialpakt (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) verankert zusätzliche Rechte im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich, wie zum Beispiel das Recht auf Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Recht auf Bildung von Gewerkschaften und das Recht auf Bildung. Er wurde mittlerweile von 160 Staaten ratifiziert.

Auf der anderen Seite stehen die Interessen von Großgrundbesitzern und agrarwirtschaftlichen Unternehmen. Sie sehen ihr Recht auf Eigentum bedroht. In vielen Fällen ist die Rechtmäßigkeit des Eigentums jedoch nicht gegeben. Das politische System akzeptiert dieses Unrecht jedoch. Unabhängig davon, ob das Eigentum rechtmäßig oder unrechtmäßig genannt werden kann, verteidigen die Eigentümer es mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, oft eben auch mit dem Mittel der direkten Gewalt. Der Einsatz privater Gewalt zur Verteidigung eines tatsächlichen oder eines vermeintlichen Rechtes ist mit Sicherheit illegitim.

Auch die brasilianische Regierung hat Interessen in dem Konflikt, die allerdings nicht widerspruchsfrei sind. Auf der einen Seite gibt es ein Interesse an sozialem Frieden und Zufriedenheit in der Gesellschaft. Beides wird durch den Konflikt bedroht. Zudem haben staatliche Akteure ein Interesse am Machterhalt, welcher ohne die Stimmen der armen Bevölkerungsteile nur schwer möglich ist. Allerdings gilt die Landbevölkerung als Minderheit gegenüber der Stadtbevölkerung nicht als wahlentscheidend, und auch ihre Möglichkeiten zur politischen Partizipation sind auf illegitime Weise eingeschränkt, da sie oft keinen Zugang zu wichtigen Informationen zur politischen Meinungsbildung haben. Auf der anderen Seite haben die politischen Akteure auch ein Interesse an wirtschaftlichem Wachstum, da Steuereinnahmen die Ressource für Staatstätigkeiten sind. Hier besitzen Agrarökonomie und auch die Ressourcenförderung mit ihrem großen Anteil an der brasilianischen Wirtschaft einen hohen Stellenwert. Das Interesse an hohem Steuereinkommen ist legitim, allerdings ist der Schwerpunkt der brasilianischen Wirtschaft auf den Export von Bodenschätzen und Agrargütern kritisch zu betrachten, da alleine auf dieser Basis kein nachhaltiges Wachstum möglich ist. Die widersprüchlichen Interessen drücken sich auch in der Regierungskoalition aus, welche sich in Form der PT einer eher sozialen und in Form ihrer Koalitionspartner (speziell der PMDB) einer wirtschaftsfreundlichen Politik verpflichtet fühlt. Der wirtschaftsfreundliche Kurs wird dabei stark durch die Lobbyarbeit (Bancada Ruralista) der Großgrundbesitzer und Agrarindustrie bestimmt, die versuchen ihre Interessen durchzusetzen.



Quelle: UNEP: Vital Forest Graphics (2009), S. 23.

### 2.2.3 Prognose

Nach unserer Einschätzung wird die zukünftige Konfliktentwicklung ohne friedensstiftende Maßnahmen entweder zu einer Stagnation oder zur weiteren Eskalation des Konflikts führen. Fortschreitender Landraub und Rodungen im Amazonas im Zusammenhang mit der Ausbreitung von Soja- und Zuckerrohranbau sowie Viehwirtschaft und die dadurch entstehende Vertreibung und Umweltschäden, bilden eine erhebliche Gefahr für die Bevölkerung auf dem Land und den sozialen Frieden in Brasilien. Die soziale Ungleichheit sowohl zwischen Land- und Stadtbevölkerung als auch zwischen Landarbeitern und Großgrundbesitzern könnte somit weiter zunehmen. Es ist wahrscheinlich, dass die Gewalt zwischen Landlosen und Großgrundbesitzern aufgrund der Zunahme und Intensität der Landnahmen eskaliert, was zu einer höheren Zahl von menschlichen Opfern führen könnte. Dadurch würde auch die Ausbeutung der Landlosen ansteigen.

Es bleibt die Hoffnung, dass es durch eine positive wirtschaftliche Entwicklung und die dadurch entstehenden Arbeitsplätze zu einer Abmilderung der oben genannten negativen Tendenzen kommt. Fraglich ist jedoch, ob die wirtschaftliche Entwicklung ohne zusätzliche Maßnahmen auch wirklich positive Auswirkungen auf die Landbevölkerung haben würde. Vielmehr ist zu erwarten, dass dadurch die große Zahl der Arbeitslosen in den Städten verringert wird, was zu einer weiteren Zunahme der Landflucht führen könnte. Dies äußert

sich heute schon in einer tendenziellen Abschwächung der Landlosenbewegungen, welche v.a. durch die positive wirtschaftliche Entwicklung in den Metropolregionen bewirkt wird.

### **3. Friedensstiftung**

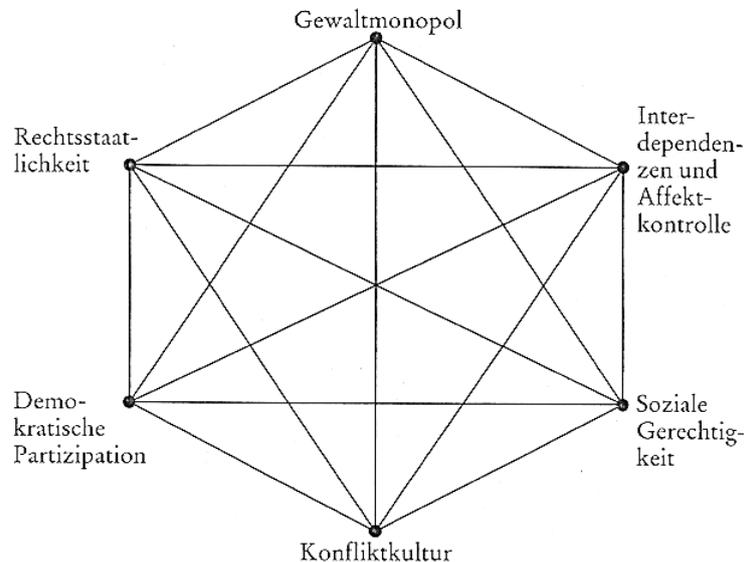
Der Landkonflikt in Brasilien baut auf einer historischen Entwicklung seit der Kolonialzeit auf und ist in der brasilianischen Gesellschaft und Lateinamerika insgesamt tief verwurzelt. Zwar haben viele Präsidenten angekündigt, gegen die ungerechte Landverteilung vorzugehen und eine konsequente Umsetzung der Sozialfunktion zu fördern, allerdings sind Fortschritte in der Befriedung und Lösung des Konflikts bislang kaum wahrnehmbar. Die schon lange angestrebte Landreform wurde in ihrer Umsetzung immer wieder von Nutznießern der heutigen Besitzverhältnisse verhindert. Diese besitzen eine starke Machtposition in der Gesellschaft und beeinflussen die staatlichen Entscheidungsträger in ihrem Interesse. Zudem erschweren die stark fragmentierte brasilianische Parteienlandschaft und die verschiedenen Ausrichtungen die Konsensfindung und überparteiliche Zusammenarbeit stark. Auch die Strategien der Landlosen, ihren legitimen Forderungen zum Beispiel durch Landbesetzungen Nachdruck zu verleihen, scheiterten bis jetzt auf gesamtstaatlicher Ebene.

Dies zeigt die Notwendigkeit, Lösungsstrategien zu entwickeln, die simultan an mehreren Punkten ansetzen. Ziel muss es sein, in bewusster Abkehr von kolonial geprägter Tradition Bedingungen zu schaffen, unter denen die Sozialfunktion von Land durchgesetzt und eine Agrarreform auf den Weg gebracht werden kann, die erfolgreich einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen schafft und von den gesellschaftlichen Kräften, als im Interesse Aller akzeptiert wird.

Die Lösung des Landkonfliktes kann somit nur im Rahmen eines Ansatzes erfolgen, der der Komplexität des Konfliktes und den strukturellen Ursachen, die eine Lösung bisher verhindert haben, gerecht wird. Um die einzelnen Handlungsempfehlungen in ihrem systematischen Begründungszusammenhang darstellen zu können, orientieren wir uns an dem von Dieter Senghaas entwickelten Model des zivilisatorischen Hexagons.

### 3.1 Bedingungen für eine nachhaltige Landreform

Schaubild: Das zivilisatorische Hexagon



Quelle: [http://www.whywar.at/zivilisatorisches\\_hexagon](http://www.whywar.at/zivilisatorisches_hexagon).

Laut Senghaas' Model müssen im Idealfall sechs Bedingungen erfüllt sein, wenn Konflikte in einer politisierten Gesellschaft zivilisiert ausgetragen werden sollen.

Die im zivilisatorischen Hexagon beschriebenen Bedingungen nutzen wir, um zu zeigen, welche Vorbedingungen zumindest teilweise geschaffen werden müssen, um eine umfassende Landreform durchführen zu können.

#### 3.1.1 Gewaltmonopol des brasilianischen Staates schaffen und sichern

Nach Senghaas setzt ein friedlicher Konfliktaustrag innerhalb einer komplexen, sich modernisierenden Gesellschaft voraus, dass alle Bürger beim Kampf um ihre Interessen auf direkte Gewaltausübung verzichten und der Staat über das Gewaltmonopol verfügt, das ihn berechtigt unter Umständen auch mit Gewalt dafür zu sorgen, dass der Gewaltverzicht eingehalten wird. In den ländlichen Gebieten Brasiliens existiert jedoch weder ein staatliches Gewaltmonopol noch die Bereitschaft zum Gewaltverzicht.

Großgrundbesitzer unterhaltenen Privatarmeen (Pistoleros), mit denen sie physische und psychische Gewalt ausüben, mit der sie gegenüber der Landbevölkerung ihre Interessen ‚auf eigene Faust‘ durchsetzen. Auf diese Weise unterminieren sie die Funktion des Staates, die Sicherheit aller Bürger zu gewährleisten, schaffen rechtsfreie Räume und fördern eine Konstellation, in der die Bevölkerung kein Vertrauen in den Staat entwickeln kann, weil dieser die Gewalt der Großgrundbesitzer toleriert, beziehungsweise nicht verhindert. Den

Landlosen erscheinen die Aktionen der Landlosenbewegung, einschließlich der Landbesetzungen der MST und anderer Organisationen, trotz ihrer Illegalität angesichts der Legitimität der Forderungen und in Ermangelung anderer Mittel zu deren Durchsetzung als gerechtfertigt. Aus Sicht der Landbesitzer jedoch verdient ein Staat, der illegale Landbesetzungen duldet, kein Vertrauen. Sie sehen sich daher berechtigt, ihre Interessen selbst zu schützen. In der bestehenden Konstellation tragen beide Konfliktparteien somit zur Entstaatlichung des Landkonfliktes und zum Vertrauensverlust gegenüber dem brasilianischen Staat bei.

Wünschenswert ist daher eine staatlich kontrollierte Auflösung der Privatarmeen von Großgrundbesitzern, aber auch die Verhinderung von Landbesetzungen und Landnahmen beider Seiten. Widerrechtlich besetztes oder angeeignetes Land muss in Abwägung der Sozialnorm geräumt werden. Landenteignungen dürfen nur vom Staat auf einer rechtlich gesicherten Grundlage ausgehen.

Um einen solchen Prozess einzuleiten, empfehlen wir folgende Maßnahmen:

Die Macht des Zentralstaates muss auch in den ländlichen Gebieten sichtbar gestärkt werden. Dies kann durch Investition in die staatliche Infrastruktur und eine Ausweitung der staatlichen Präsenz erreicht werden. Beispielsweise könnte durch die verstärkte und dauerhafte Präsenz exekutiver und judikativer Institutionen (zum Beispiel Polizei und Gerichte) vor Ort der rechtsfreie Raum zurückgedrängt werden. Ein ähnliches polizeiliches Vorgehen wird bereits in den Metropolen des Landes (zum Beispiel in den Elendsvierteln von Rio de Janeiro) durch Einheiten der Befriedungspolizei UPP<sup>95</sup> praktiziert, die nach der Erstürmung einer Favela fest in den Gebieten bleiben und so eine erneute Ausweitung des rechtsfreien Raums verhindern sollen.<sup>96</sup> Dies erfordert einen größeren finanziellen Aufwand von staatlicher Seite. Da sich jedoch in der Vergangenheit gezeigt hat, dass besonders die lokalen Polizeikräfte und auch die Judikative nicht unabhängig von den Interessen der Großgrundbesitzer agieren, sollten diese einer (vom Staat) unabhängigen Kontrolle unterstehen. Dies könnte zum einen durch ein Monitoring vonseiten der Zentralregierung durchgeführt werden. Zum anderen könnte eine auf Friedensarbeit spezialisierte international vernetzte NGO gebeten werden, unabhängige Beobachter in die ländlichen Gebiete zu entsenden. Geeignet für eine solche Mission ist Peace Brigade International (PBI). Ziel dieser Organisation ist es, mit gewaltfreien Einsätzen zum Abbau von Spannungen und Gewalt zugunsten gerechter Konfliktlösungen beizutragen.

---

<sup>95</sup> Unidade de Polícia Pacificadora.

<sup>96</sup> UPP Repórter (o.J.)

PBI entsendet zum Beispiel im Rahmen von Programmen wie dem Ziviler Friedensdienst (ZFD), ‚weltwärts‘, dem ‚Internationalen Jugendfreiwilligendienst‘ sowie in Eigenregie internationale Teams in Gebiete, in denen gewalttätige Konflikte und Unterdrückung herrschen. PBI wird nur auf Anfrage lokaler Gruppen tätig und versucht durch seine schützende Präsenz, Handlungsräume zur friedlichen Konfliktbearbeitung zu schaffen. Die Einsatzteams verstehen sich als Vermittler und lehnen die Instrumentalisierung für einzelne Gruppeninteressen ab. Sie sind zur Zusammenarbeit mit allen, die an einer gewaltfreien und offenen Konfliktbearbeitung interessiert sind, bereit.<sup>97</sup> Sie könnten hier eine Pufferfunktion zwischen Großgrundbesitzern und Landlosen einnehmen und die staatlichen Behörden im deeskalierenden Umgang mit Konflikten unterstützen. Bei der Finanzierung des PBI-Einsatzes könnte auch Deutschland Unterstützung leisten, indem über PBI – Deutscher Zweig e. V. Freiwillige im Rahmen verschiedener Programme der Bundesregierung entsandt werden. Um die illegale Landnahme zu reduzieren, muss der politische Wille verstärkt werden, illegal erworbenes Land zurückzugeben oder zu enteignen. Mit der INCRA hat Brasilien bereits eine dafür zuständige (politische) Institution, jedoch wird sie durch das ihr übergeordnete Agrarministerium (MDA) gehindert, die ihr übertragenen Funktionen, wie die Enteignung von unproduktiven Ländereien und die Rückgabe illegal erworbenen Landes, wahrzunehmen. Daher gilt es die Unabhängigkeit der INCRA vom Landwirtschaftsministerium zu stärken sowie sie mit einem gesetzlich festgelegten Budget auszustatten und die von der Regierung Rousseff vorgenommenen Kürzungen rückgängig zu machen. Dies könnte zum Beispiel durch einen festgelegten Prozentsatz des Staatshaushaltes gewährleistet werden. Zur Gegenfinanzierung könnte zudem eine Abgabe für landwirtschaftliche Großbetriebe über 2000 Hektar eingeführt werden.

### **3.1.2 Rechtsstaatlichkeit herstellen und sichern**

Für einen zivilisierten Umgang mit Konflikten ist die Durchsetzung des geltenden Rechts unabdingbar. Dementsprechend muss die Gewaltausübung des Staates rechtsstaatlich abgesichert und kontrolliert sein. Die Rechtsstaatlichkeit Brasiliens wird jedoch durch mehrere Faktoren unterlaufen.

Der große Einfluss der Großgrundbesitzer im ländlichen Raum stellt ein großes Problem für die Glaubwürdigkeit der Judikative dar. Ihre Besitzansprüche sind häufig ohne jegliche rechtliche Grundlage und beruhen teilweise noch auf der historischen Besitzstruktur aus der

---

<sup>97</sup> Vgl. PBI Deutschland; Friedensdienst.

Kolonialzeit des Landes. Zudem ist es ihnen möglich, sich illegal Land anzueignen, Arbeiter unter sklavenähnlichen Zuständen zu beschäftigen und bewaffnete Kräfte zu unterhalten, ohne dass dieses Verhalten juristische Konsequenzen hat. Großgrundbesitzer sind zudem dazu in der Lage, Verwandte und loyale Personen in lokalen politischen Ämtern in der Verwaltung, Polizei und Justiz zu platzieren, die sich gegenüber ihrem Förderer zu mehr Loyalität verpflichtet fühlen als gegenüber dem Gesetz. Zusätzlich übernehmen sie oft selbst politische Ämter. Dadurch wird die Aufklärung und Verhinderung von illegalem Handeln zusätzlich erschwert.<sup>98</sup> Rechtsstaatliche Verfahren sowie die Bodenbesitzrechte des Staates werden auch durch die in der brasilianischen Gesellschaft auf allen Ebenen weitverbreitete Korruption massiv beeinträchtigt.

Diese Mechanismen gehen in erster Linie zulasten eines Großteils der Landbevölkerung und der Armen in den Städten, da beide Gruppen nicht über den Einfluss und die Ressourcen verfügen, um selbst zu bestechen, ihre Rechte durchzusetzen und den Machtmissbrauch staatlicher Institutionen zu ihren eigenen Gunsten zu nutzen. So schadet Korruption vor allem den Schwächsten einer Gesellschaft.

Da nach geltendem Recht produktiv genutztes Land – auch wenn die Rechtmäßigkeit des Besitzes umstritten ist – nicht enteignet werden kann, muss das Recht von den Landlosen als Recht der Herrschenden wahrgenommen werden. Diese Einseitigkeit spiegelt sich auch im Waldgesetz wieder, das selbst illegal vorgenommene Rodungen im Amazonasgebiet legalisiert. Unter solchen Bedingungen kann kein Vertrauen in den Rechtsstaat Brasiliens entstehen, es liegt im Aufgabenbereich der Politik, dieses aufzubauen.

Auch muss die Einhaltung von würdigen Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Sklaverei stärker durch Rechtsinstitutionen gefördert werden. Im Jahr 1994 hat die Regierung anerkannt, dass in Brasilien eine neue Form der Sklaverei entstanden ist. Allerdings dauerte es fast zehn Jahre, bis 2003 unter der Regierung da Silva ein nationaler Plan entstand, nach welchem die Sklaverei bekämpft werden soll. Zu diesem Zweck wurde eine mobile Gruppe des Arbeitsministeriums eingerichtet, die Fälle von Sklaverei aufdecken und die Befreiung unterworfenen Arbeiter und Kinder veranlassen soll. Zudem wurden Ausbildungs- und Trainingszentren für Landarbeiter eingerichtet, um sie zu befähigen, selbst ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften.

Um zu verhindern, dass befreite Arbeiter aufgrund ihres Geldmangels unmittelbar nach der Befreiung wieder in solche Arbeitsverhältnisse eintreten müssen, werden sie seit 2005 durch

---

<sup>98</sup> Brasilieninitiative Freiburg e.V. (2010).

ein Kreditprogramm und das Regierungsprogramm Bolsa Familia unterstützt, welches ihnen für einige Monate die Leistungen der Arbeitslosenversicherung garantiert. Zwar hat die Einsatzgruppe des Arbeitsministeriums die Kompetenz, Bußgelder gegen Arbeitsgesetzverstöße zu verhängen, setzt diese aber zu selten ein. Zudem fallen die verhängten Strafen meist so gering aus, dass sie keine abschreckende Wirkung zeigen. Immerhin existiert eine vom Arbeitsministerium erstellte schwarze Liste von Unternehmen, die in illegale Landnahmen und Sklavenhaltung verwickelt sind oder waren.

Das größte Problem bei der Bekämpfung der Sklaverei ist jedoch die langsame Arbeitsweise von Gerichten und Behörden, welche in den meisten Fällen zu einer Straflosigkeit der Beschuldigten führt. Alleine im Jahr 2005 sind 276 Unternehmen mit 7.707 Sklavenarbeitern wegen Sklaverei angezeigt worden und es konnten 4585 Menschen, darunter 120 Kinder befreit werden. Bei einem geschätzten jährlichen Umfang von 40.000 Sklavenarbeitern zeigt sich, dass die Bemühungen bei Weitem nicht ausreichend sind.<sup>99</sup>

Für eine friedliche Lösung des Landkonfliktes ist es daher dringlich, das Vertrauen in die Effektivität und Zuverlässigkeit der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden des Landes zu stärken.

(1) Die Justiz muss unabhängig und verlässlich funktionieren, um die vorherrschende Straffreiheit auf dem Lande zu beenden.

(2) Um ihr Recht geltend zu machen, benötigt die mittellose Landbevölkerung Unterstützung durch die Einrichtung von Beratungsstellen, an die sich die Menschen bei ungerechter Behandlung und in Rechtsfragen wenden könnten.

(3) Außerdem sollten öffentliche Ämter nach einem überprüfbareren Verfahren besetzt werden, um die personellen Überschneidungen zwischen Politik, Justiz, Polizei, Verwaltung und Großgrundbesitzern aufzudecken.

(4) Korruption muss bekämpft werden. Dies setzt eine konsequente Strafverfolgung sowie die Einrichtung von unabhängigen Instanzen (sei es eine Anti-Korruptionsbehörde oder ein Anti-Korruptionsministerium) voraus, die Korruptionsfälle aufdecken, die Schädlichkeit von Korruption herausstellen, und darüber aufklären, wie man sich vor Korruption schützt. Brasilien hat sich mit der Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption am 15.06.2005 dazu verpflichtet, Präventivmaßnahmen zu ergreifen und die Korruption juristisch zu

---

<sup>99</sup> Wienold (2007), S. 167f.

bekämpfen.<sup>100</sup> Die Präsidentin Rousseff sowie Privatinitiativen haben gegen die Korruption mit der Veröffentlichung von Listen bestechlicher Offizieller im Internet einen richtigen Weg eingeschlagen, der konsequent ausgebaut werden muss.

Eine Stärkung der Korruptionsbekämpfung wäre durch die Ratifizierung des vom Europarat und Leben gerufenen ‚Strafrechtsübereinkommen über Korruption‘ möglich, deren Mitgliedsstaaten sich verpflichten, verschiedenste Formen von Korruption strafrechtlich zu verfolgen. Diesem Übereinkommen können auch Nichtmitglieder des Europarats beitreten.

Zusätzlich können Aufklärungskampagnen diesen Prozess unterstützen. Schulen und Medien sind für eine Aufarbeitung und Thematisierung von Korruption und der Möglichkeiten von Veränderungen zu gewinnen. Auch hierbei können unabhängige NGOs wie zum Beispiel Transparency International (TI) unterstützend tätig werden. Die Organisation bekämpft weltweit die Korruption in allen Bereichen der Gesellschaft. Zu diesem Zweck betreibt TI Büros in über 100 Ländern, welche die dortige Korruption aufdecken und die Informationen der Öffentlichkeit zugänglich machen. Zudem schaffen sie Verfahren, um die Gelegenheiten von Bestechung zu minimieren und die Fähigkeiten von Menschen und Organisationen zu stärken, der Korruption zu widerstehen.<sup>101</sup>

(5) Der weitere Ausbau von mobilen Gerichten kann ebenfalls zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit in Brasilien beitragen. Diese sollen sich an dem bereits in Brasilien existierenden Modell des „Justizschiffs“ orientieren, das die Richterin Sueli Pini in der Amazonasregion ins Leben gerufen hat und das dort bereits seit 13 Jahren unverzichtbare staatliche Dienstleistungen anbietet. Ein „mobiles Gericht“ steuert mit einem Team von 54 Personen auf einem Dampfschiff alle zwei Monate die entlegenen Dörfer des Amazonasdeltas an. An Bord befindet sich ein Gerichtssaal mit Staatsanwälten, Pflichtverteidigern und Gerichtsvollziehern. Auch verfügt der Dampfer über eine Krankenstation samt Ärzteteam (einem Zahnarzt, einer Ärztin und Krankenschwestern). An Deck werden vor allem familienrechtliche Angelegenheiten und kleinere Gewaltverbrechen verhandelt oder hilfreiche Tipps zur Verfassung von Anträgen für beispielsweise Rentengeld vermittelt. Es werden weiterhin Ausweise und Geburtsurkunden ausgestellt, ohne welche die im Amazonas lebenden Menschen außerhalb der staatlichen Wahrnehmbarkeit und Gerichtsbarkeit liegen

---

<sup>100</sup> United Nations Office on Drugs and Crime (2012).

<sup>101</sup> Transparency International (2011).

würden. Auch Konflikte über vermessene Gebietsgrenzen werden über das Justizschiff geschlichtet.<sup>102</sup>

Die Einrichtung von mobilen Gerichten für entlegene Gebiete soll der ländlichen Bevölkerung Brasiliens eine gewaltlose Option der Konfliktbearbeitung bieten. So können staatliche Richter vor Ort Urteile über Gewaltverbrechen, Verletzungen von Arbeitsverträgen oder über Gebietsstreitereien sprechen.

Ähnlich dem Justizschiff auf dem Amazonas sollten sie auch andere, zum Beispiel medizinische Dienstleitungen anbieten, um die ambulante Versorgung der ländlichen Bevölkerung zu gewährleisten und das Vertrauen in den brasilianischen Staat beziehungsweise die im Land geltenden Gesetze zu gewinnen.

### **3.1.3 Interdependenzen schaffen und Affektkontrolle fördern**

Die soziale Hierarchie in den ländlichen Gebieten Brasiliens ist von der starken einseitigen Abhängigkeit der Landlosen von den Großgrundbesitzern gekennzeichnet. Die Landlosen sind dazu gezwungen, ihre Arbeitskraft als Tagelöhner den Großgrundbesitzern anzubieten. Das Überangebot an Arbeitskräften erleichtert den Großgrundbesitzern die oft schamlose Ausbeutung und führt in Extremfällen zur oben beschriebenen neuen Art der Sklavenhaltung. Da die Gewaltanwendung gegenüber den Landlosen, Indigenen und Kleinbauern in vielen Fällen keine Konsequenzen nach sich zieht und aufseiten der Großgrundbesitzer augenscheinlich geringe moralische Hemmungen bestehen, ist auch deren Affektkontrolle äußerst schwach ausgeprägt. Der Mangel an Affekt- und Selbstkontrolle wird zudem durch die geringe politische und mediale Artikulationsfähigkeit der Landlosen und die auch daraus entstehende mangelnde Wahrnehmung des Konflikts noch verstärkt, da dies sowohl gesellschaftliche als auch strafrechtliche Sanktionen verhindert beziehungsweise abschwächt. Dies verweist zudem auf die oben beschriebene Konfliktlinie zwischen Land und Stadtbevölkerung, was die Konkurrenz um die politische Aufmerksamkeit betrifft. Hier könnte eine Solidarisierung zum Beispiel über die Gewerkschaften stattfinden, die sowohl die Interessen der Landarbeiter als auch die der Arbeiter aus den Städten in einer gemeinsamen Dachorganisation bündeln könnten.

Auch den Landlosen mangelt es an der Bereitschaft und Fähigkeit durch Affektkontrolle im Sinne einer vorausschauenden Bewertung der Folgen des eigenen Handelns. Durch ihre Besetzungen heizen sie den Konflikt mit den Großgrundbesitzern an und liefern mit diesen

---

<sup>102</sup> SWR (2010).

illegalen Aktionen Rechtfertigungsgründe für deren Privatarmeen. Die Verantwortung dafür liegt allerdings teilweise beim Staat, da sich die verzweifelten Landlosen durch die Passivität und mangelnde Initiative der staatlichen Akteure bei Landenteignungen oft dazu gezwungen fühlen, selbst die Initiative zu ergreifen.

Zur Lösung dieses Problemkomplexes sind mehrere Schritte notwendig.

So sollte die Affektkontrolle durch moralische als auch gesetzliche Normsetzung verbessert werden. Die Verbreitung und Festigung moralischer Normen besonders unter den Großgrundbesitzern könnte dabei durch kirchliche Organisationen angestoßen werden, die als moralische Instanz in Brasilien und ganz Lateinamerika eine wichtige Rolle einnehmen. Die CPT, welche auch in der Bekämpfung der sozial unverträglichen Arbeitsbedingungen aktiv ist, könnte dabei eine entscheidende Rolle übernehmen. Allerdings wird diese durch ihr Engagement für die Landarbeiter bei den Großgrundbesitzern wenig Akzeptanz finden. Hier wäre gegebenenfalls ein dezentraler Ansatz sinnvoller, bei dem beispielsweise gemeinsame Gottesdienste organisiert werden, die Großgrundbesitzer und Landlose/Landarbeiter friedlich zusammenführen und zur Änderung ihres Verhaltens ermahnen. In diesem Zusammenhang könnte die Kirche als Mediator auch Gesprächsrunden ins Leben rufen, bei denen beide Seiten ihre Interessen artikulieren können. Auch NGOs könnten durch den Aufbau von Öffentlichkeiten für die Probleme, die Herstellung von Transparenz und ein Angebot von Lehrgängen zur gegenseitigen Verständigung beitragen. Diese Maßnahmen können die Interdependenzen zwischen den Akteuren verstärken und so einen Beitrag zur Affektkontrolle leisten. Positive Entwicklungen werden hier allerdings lediglich langfristig, durch eine Bewusstseinsveränderung auf beiden Seiten, erreicht werden können.

Ebenso wichtig wie moralische Normen sind die gesetzliche Normsetzung und deren konsequente Durchsetzung, die sowohl kurz-, mittel- als auch langfristig implementierbar sind. Dabei gilt es verschiedene Schwerpunkte zu beachten. Zum einen gibt es Gegenden, in denen der Einfluss des Staates allgemein sehr gering ist, was vor allem durch die Abgelegenheit der Gebiete und die mangelnde finanzielle Ausstattung der Kommunen verursacht wird. Speziell in den betroffenen Amazonasgebieten kommt es regelmäßig zu illegalen Landnahmen durch Agrarunternehmen und Großgrundbesitzer. Eine Bekämpfung ist hier kurzfristig nur durch eine Verstärkung der Kontrollen möglich.

Die Mitgliedsstaaten der EU und andere Industrienationen können im Interesse des Klimaschutzes Ausgleichszahlungen für die Nichtnutzung des Regenwalds leisten, ähnlich wie es bereits in Ecuador durchgeführt wird.<sup>103</sup>

Mittel- und langfristig müsste/muss dafür gesorgt werden, dass illegale Landnahme nicht nur aufgedeckt, sondern konsequent mit hohen Strafen geahndet wird. Dafür ist allerdings eine unabhängige und politisch nicht beeinflusste Justiz notwendig (siehe Rechtsstaatlichkeit). In den stärker besiedelten Gebieten sind weniger die illegalen Landnahmen als die übermäßige Ausbeutung der Landarbeiter das Problem. Hier ist vor allem eine Stärkung der Gewerkschaftsstrukturen von Bedeutung. Ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad würde die Interdependenzen zwischen Landlosen und Landbesitzern verstärken, da Letztere mit ihrer großen Marktmacht nicht mehr dem Einzelnen, sondern der organisierten Arbeiterschaft gegenüberstehen würden. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) könnte dabei organisatorische Hilfe leisten und besonders in Zusammenarbeit mit Gewerkschaft der Landarbeiter (STR), aber auch dem gewerkschaftlichen Dachverband (CUT). Problematisch ist das Überangebot an Arbeitskräften und die oft nur Tage- und wochenweise laufenden Anstellungen und die dadurch ständige Angst der Landarbeiter, einfach ausgetauscht zu werden. Dieses Vorgehen könnte eine stärkere gewerkschaftliche Organisation behindern. Neben einer Stärkung der Arbeitnehmerrechte wären ergänzend verstärkte Bemühungen im Empowerment der Landarbeiter und Kleinbauern notwendig. Empowerment bezeichnet den Prozess der Ermächtigung marginalisierter Bevölkerungsteile. Dies kann vor allem durch die verstärkte Schaffung kleinbäuerlicher Gemeinden (Kooperativen) und die damit einhergehende Weiterbildung und Aufklärung der Bevölkerung erreicht werden.

Finanzielle Unterstützung muss in dieser Hinsicht vor allem vom Staat geleistet werden, während die landwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Schulungen der Landlosen sowohl von NGOs als auch staatlicher Seite betrieben werden können. Dieses Empowerment würde zu einer Abflachung der sozialen Hierarchie auf dem Land und zu einer größeren Unabhängigkeit der Landlosen von den Großgrundbesitzern führen.

Die Bildung von Kooperativen, wie sie die MST betreibt, sollte dabei nicht in allen Bereichen als Vorbild dienen. Problematisch ist der bisherige Ansatz der MST aus folgenden Gründen:

- Die Fixierung auf sozialistische Ideologien als Grundlage des Zusammenlebens schließt Andersdenkende aus den Kooperativen aus.

---

<sup>103</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau (2011).

- Die Besetzung von und der Anbau auf wenig oder unfruchtbaren Böden und die schlechte landwirtschaftliche Ausbildung der Landlosen führt zu hohen Abbruchquoten (ca. 30 %).<sup>104</sup>
- Die Illegalität von Besetzungen schürt den Konflikt mit den Großgrundbesitzern und verschafft diesen gegenüber sich selbst und anderen die Rechtfertigung sich gewaltsam zu wehren.

Diese Probleme sollten sich vor allem durch ein stärkeres Engagement des Staates beseitigen lassen. Zwar sollten durchaus auch NGOs wie die MST in die Verwaltung von Kooperativen eingebunden werden. Allerdings sollte die Verteilung von staatlichen Fördergeldern einer stärkeren Kontrolle durch unabhängige Institutionen unterliegen. Der Staat sollte zudem zum Beispiel durch Kreditprogramme die Modernisierung von Kooperativen fördern, um deren Marktfähigkeit zu steigern. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass die Kooperativen mit ihrem basisdemokratischen Prinzip nicht ihre Entscheidungsfreiheit einbüßen und wiederum in zu starke Abhängigkeit von staatlichen Entscheidungsträgern geraten. Ziel staatlicher Maßnahmen muss es sein, durch Förderung eine wirtschaftliche Unabhängigkeit von Fördergeldern und Subventionen zu bewirken.

Da eine direkte Konkurrenzfähigkeit zu den großen Agrarbetrieben mit ihren Monokulturen nur schwer erreichbar ist, sollte der Fokus zum einen auf dem regionalen Markt liegen. Die Anbauprodukte könnten somit zur Nahrungssicherheit der Landbevölkerung beitragen. Zum anderen könnte durch einen zusätzlichen Schwerpunkt auf Fair-Trade Produkte eine direkte asymmetrische Konkurrenz zu großen Agrarunternehmen auf dem internationalen Markt vermieden werden.

### **3.1.4 Demokratische Partizipation stärken**

Die Stärkung der demokratischen Partizipation verbessert die Artikulationsfähigkeit der Bürger einer Gesellschaft und kann unter anderem positiv zur Bekämpfung von Diskriminierung einzelner Gruppen innerhalb der Bevölkerung beitragen.

Die Möglichkeiten zur Partizipation sind in Brasilien für einen Großteil der Bevölkerung schon deshalb eingeschränkt, da aufgrund der Korruption allein wohlhabenden Teilen der Bevölkerung und Unternehmen informelle Wege offenstehen, um die Politik jenseits der Mehrheitsinteressen zu steuern.

---

<sup>104</sup> Graziano (2005), S. 60.

Zudem wird die Politik insbesondere im Agrarbereich durch Lobbyarbeit beeinflusst. Auch ist durch Verflechtungen zwischen Agrarindustrie und Politik in manchen Bundesstaaten (zum Beispiel Mato Grosso) die Politik stark durch Einzelinteressen gelenkt.<sup>105</sup>

Was die politische Partizipation angeht, wurde in Brasilien allerdings ein interessantes und weltweit beachtetes Modell eingeführt. Die brasilianische Großstadt Porto Alegre (ca. 1,4 Mio. Einwohner) hat als erste Stadt der Welt einen „partizipativen Haushalt“ eingeführt. Er ermöglicht der Bevölkerung über die Verwendung des nicht zweckgebundenen Teils des kommunalen Haushalts in einem demokratischen Prozess zu entscheiden. Die damit einhergehende Offenlegung aller Ausgaben führte zu einem starken Rückgang der Korruption und erschwerte es der Politik, Klientelpolitik zu betreiben und Ausgaben zu rechtfertigen, die nicht dem Interesse der Allgemeinheit dienen. Zudem hat diese Form der Haushaltspolitik eine starke positive Wirkung auf das politische Interesse und die Beteiligung der Bürger, da sie spüren, dass sie etwas bewegen und durch eigenes Handeln ihre Lebenssituation verbessern können. Porto Alegre gilt heute als Großstadt mit dem höchsten Lebensstandard in ganz Lateinamerika.<sup>106</sup> Diese Form der Bürgerbeteiligung wurde von ca. 70 weiteren Gemeinden in Brasilien und weiteren auch außerhalb von Lateinamerika übernommen. Es könnte somit auch als Vorbild für andere Gemeinden Brasiliens dienen und somit die demokratische Partizipation der Landlosen und anderer marginalisierter Gruppen stärken. Zudem könnten, ähnlich einem Projekt in Rio Grande do Sul, partizipative Haushalte auf bundesstaatlicher Ebene eingeführt werden. Es muss hierbei jedoch beachtet werden, dass vor allem in den ärmsten Gebieten Brasiliens durch die Vormachtstellung der Agrarindustrie und der Großgrundbesitzer in der Politik diese Form der Haushaltsführung auf massiven Widerstand stoßen wird, da dies faktisch eine starke Beschränkung ihrer Macht bedeuten würde.

### **3.1.5 Soziale Gerechtigkeit fördern**

Notwendig für eine konstruktive Konfliktbehandlung ist ein nachhaltiger Abbau der massiven sozialen Ungleichheiten sowohl in Stadt und Land als auch zwischen den Bundesstaaten. Dementsprechend muss das Ziel von Handlungsempfehlungen eine Beendigung der Benachteiligung bestimmter Volksgruppen wie der Landlosen und Indigenen sowie die ausreichende Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Artikel 25 der Erklärung der Menschenrechte sein. Des Weiteren muss es zum Abbau und zur Auflösung der sich an den

---

<sup>105</sup> Forbes (2009).

<sup>106</sup> Uni Tübingen – Dezernat für Internationale Angelegenheiten (2011), S. 10.

Einkommensverhältnissen orientierenden vertikalen Machtstrukturen auf dem Land kommen. Notwendig sind daher a) sozialpolitische und sozialfürsorgerische Maßnahmen, b) juristisch eindeutige Rahmenbedingungen und c) bildungspolitische und gesundheitspolitische Maßnahmen.

Zu a) Um die Befriedigung der Grundbedürfnisse staatlich abzusichern, muss das von der brasilianischen Regierung initiierte Programm Bolsa Familia, durch ein weitreichendes Sozialsystem erweitert werden, welches unter anderem eine Garantie für Mindestlöhne und Arbeitslosengelder, sowie die Verteilung von Lebensmitteln an die ärmsten Teile der Landbevölkerung und die Hungernden innerhalb der Städte beinhaltet. Es reicht nicht aus, solche Maßnahmen karitativen Einrichtungen zu überlassen. Die staatliche Organisation solcher Sozialleistungen hätte positive Rückkopplungseffekte auf andere Bereiche des Hexagons und würde das Vertrauen in den Staat stärken und dadurch auch dessen Gestaltungsfähigkeit in anderen Politikfeldern erweitern.

Zu b) Das Strafmaß für die illegale Ausbeutung von Lohnarbeitern und Tagelöhnern muss erhöht und juristisch mehr Beachtung erfahren, um der Diskriminierung und Ausbeutung der Landarbeiter seitens der Großgrundbesitzer entgegenzuwirken. Zudem muss klar geregelt sein, welches Land als illegal angesehen wird.

Zu c) Ein freier Zugang zu einer Grundversorgung im Bildungs- und Gesundheitssystem muss gesetzlich verankert werden. Um eine Einhaltung der vorhandenen Schulpflicht (7-14 Jahre), zu ermöglichen, muss der momentan vor allem auf dem Land ausgeprägte Mangel an Schulplätzen behoben werden.<sup>107</sup> Außerdem sollte speziell für arme Eltern in ländlichen Gebieten ein Anreizsystem geschaffen werden, das den Ausfall der Kinder als Arbeitskraft (zum Beispiel auf dem eigenen Hof) kompensiert.

All diese in a), b) und c) vorgeschlagenen Maßnahmen stellen nicht nur einen Schritt zum Abbau sozialer Ungleichheiten dar, sondern können zur Verankerung und Vermittlung moralischer Werte und eines sozialen Bewusstseins genutzt werden und somit langfristig zu einem gewaltlosen Zusammenleben in Brasilien beitragen.

---

<sup>107</sup> Pfeiffer (1999), S. 14.

Die Realisierung der Forderung ‚Landbesitz für alle Landlosen‘ muss in diesem Konflikt nicht die einzige und auch nicht die beste Lösung sein. Da sich viele Landlose weiterhin als Landarbeiter und Tagelöhner im Agrarsektor verdingen, könnte durch eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von Landarbeitern, durch gesetzliche Regelungen und deren konsequenter Durchsetzung eine wesentlich konflikt-ärmere Lösung erreicht werden.

Eine Reduzierung des Drucks auf Landlose, sich Land durch Landbesetzungen anzueignen, könnte durch die Einführung einer Sozialnorm für Arbeitsplätze innerhalb Brasiliens herbeigeführt werden. Bessere Beschäftigungsverhältnisse würden sich zum einen mit den sozialen Importstandards der EU ergänzen und zum anderen zu einer Existenzsicherung der Landlosen beitragen. Die ILO könnte beratend mitwirken und mit ihrer Expertise sowohl die EU als auch die brasilianische Regierung unterstützen, geeignete und verbindliche Regelungen zu erarbeiten. Zudem könnte die Situation in Brasilien zum Thema auf der jährlichen International Labour Conference gemacht werden, um so für mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu sorgen. Letztlich sollten diese Standards allerdings nicht auf Brasilien beschränkt bleiben, sondern international durchgesetzt werden. Brasilien könnte als eines der wohlhabendsten Länder in Lateinamerika einen Anfang für eine solche neue Entwicklung machen und damit eine Vorreiterrolle übernehmen.

Ein Ausbau der Infrastruktur kann die Mobilität und den Marktzugang von Kleinbauern erhöhen und stellt die Grundvoraussetzung zur erfolgreichen Marktteilnahme von Kooperativen dar.

Großen Einfluss auf die Verbesserung der sozialen Ungleichheit haben auch ausländische Unternehmen, die Agrargüter wie beispielsweise Futtermittel aus Brasilien beziehen. Sie werden Konzepte des Fairen Handels (Fair Trade) umso eher unterstützen, je mehr sich diese aufseiten der Produktabnehmer und Konsumenten verbreiten. Hier kann jeder einzelne Konsument zur Veränderung beitragen. Um dies zu tun, sind allerdings aufseiten der Konsumenten Lernprozesse über die Wirkungszusammenhänge des eigenen Konsumverhaltens und die Möglichkeiten, es zu verändern notwendig. Zudem ist eine Aufklärung der Verbraucher nötig, um die Akzeptanz der häufig teureren Produkte zu steigern. Wenn die gesellschaftlichen Widerstände nicht zu groß sind, könnte in einem zweiten Schritt eine Umstellung auf die Fair Trade Richtlinien geschehen. Tendenziell würde es durch die große Nachfrage und dadurch steigende Produktion von Fair Trade Produkten über Skaleneffekte zu einer Preissenkung im Vergleich zu den heutigen Preisen solcher Produkte kommen.

Das Fair Trade Konzept wird allerdings heute noch überwiegend nur für importierte Endprodukte wie zum Beispiel Kaffee und Schokolade angewendet, während Futtermittel, Rohstoffe oder Biokraftstoffe, die einen Großteil deutscher und auch europäischer Importe aus Brasilien ausmachen, kaum beachtet werden. Noch gibt es wenig Transparenz hinsichtlich ihrer Herkunft und ihrer Herstellungsbedingungen. In diesem Bereich müssten ähnlich wie es manche Unternehmen in der Textilindustrie bereits tun, die Abnehmer Verantwortung für die Arbeitssituation vor Ort übernehmen. Hier ist zudem eine Unterstützung durch politisches Handeln notwendig. Die Europäische Union sollte ein klares Signal zur Förderung von Fair-Trade Produktion setzen. Die Europäische Kommission könnte in einem ersten Schritt Importrichtlinien mit sozialen Mindeststandards für die Produktionsbedingungen anstreben, um ein Umdenken bei Importeuren, Konsumenten und Produzenten anzustoßen. Die Einhaltung solcher Importrichtlinien muss kontrolliert werden. Dies kann zum Beispiel in Zusammenarbeit mit transnationalen NGOs und/oder der ILO geschehen. Jedoch sollte auch mit den jeweiligen Exportstaaten zusammengearbeitet, da strengere Importrichtlinien großen Einfluss auf deren Außenhandel haben könnten.

Wichtig zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit könnte die stärkere Verbreitung des weltweiten Paktes „Global Compact“ sein, der 1999 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurde. Dieser Pakt kann zwischen Unternehmen und den Vereinten Nationen geschlossen werden. Das Unternehmen verpflichtet sich dazu, die zehn darin festgeschriebenen Prinzipien einzuhalten und zu fördern. Diese beinhalten unter anderem den Schutz der Menschenrechte, die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit, den rücksichtsvollen Umgang mit der Umwelt und die Bekämpfung von Korruption. Im Gegenzug profitieren die beteiligten Firmen von der positiven Öffentlichkeitswirkung, der Stärkung der Mitarbeiterloyalität und dem Pakt als globalem Netzwerk für den Austausch von Erfahrungen und Ideen.<sup>108</sup> Gerade in den Branchen, die eng mit dem Landkonflikt in Kontakt stehen, wäre es wünschenswert, mehr Unternehmen für eine solche Zusammenarbeit gewinnen zu können. Eine andere Möglichkeit wäre es, eine gesetzliche Regelung zu treffen, die die Unternehmen zur Teilnahme am Pakt oder einem ähnlichen Vertrag verpflichtet.

Auch die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Unternehmen in diesem Bereich kann die Chancen erhöhen, dass ein Unternehmen eine freiwillige Verpflichtung eingeht. So unterstellt sich beispielsweise das deutsche Schreibwarenunternehmen Faber-Castell, das drei

---

<sup>108</sup> United Nations Global Compact (o.J.)

Niederlassungen in Brasilien betreibt, in Zusammenarbeit mit der IG Metall, seit 2000 einer firmeneigenen, international gültigen Sozialcharta. Diese soll die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen der Angestellten verbessern und alle zwei Jahre unabhängig überprüft werden. Zudem veröffentlicht Faber-Castell einen jährlichen Nachhaltigkeitsbericht, indem über die ökologischen und sozialen Maßnahmen des Unternehmens berichtet wird.<sup>109</sup>

Von solchen freiwilligen Verpflichtungen profitieren nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Unternehmen, wenn sie ihr Engagement öffentlichkeitswirksam und glaubwürdig präsentieren. Allerdings ist es wichtig, dass ihr Engagement so transparent ist, dass sie sich nicht durch ein sogenannten „Greenwashing“, als sozial und verantwortungsbewusst darstellen, ohne es zu sein.

Das renommierte Schweizer Friedensforschungsinstitut „swisspeace“ erforscht im Programm „Business&Peace“ die Einflüsse wirtschaftlicher Aktivitäten auf den Verlauf und die Intensität von Gewaltkonflikten. In diesem Rahmen werden auch Workshops und Fachtagungen veranstaltet, bei denen es zu einem Austausch zwischen Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft kommt, um praktisch einsetzbare Empfehlungen für sozialverträgliches und konfliktsensibles Wirtschaften zu erarbeiten. Interessierte Unternehmen können auf der Homepage des Institutes per Online-Test einschätzen lassen, ob ihr geplantes Engagement einen Einfluss auf einen eventuell vorhandenen Konflikt haben könnte. Mehr Unternehmen sollten für diese Art von nachhaltigem, fairem und aufgeklärtem Wirtschaften gewonnen werden. So könnten zum Beispiel solche Unternehmen bei der Besetzung von Wirtschaftsdelegationen bevorzugt werden. Im Fall des vorliegenden Konfliktes könnte man die Bekanntheit solcher Programme zum Beispiel durch Informationsveranstaltungen, etwa auf dem jährlich stattfindenden Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstagen, steigern.

Auch konkretes Handeln der deutschen Regierung ist gefordert. Tragende Kraft könnten hier die Ministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beziehungsweise für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sein. Zum einen sollte Aufklärung durch politische Bildung in Schulen, aber auch über die Medien forciert werden.

Zum anderen könnten die Ministerien in einer Art Vorbildfunktion aktiv werden. So könnte beispielsweise in Mensen, Kantinen, Schulen, Internaten und politischen Festveranstaltungen

---

<sup>109</sup> Faber-Castell (2012).

nur Fair-Trade-Produkte angeboten werden. Zudem sollte die Verbreitung fair gehandelter Produkte durch Subventionen erhöht werden.

Durch einen Abbau der innereuropäischen Agrarsubventionen könnten dabei Mittel für diese neue Art der Subventionierung freigesetzt werden. Als Nebeneffekt würden die Märkte der Entwicklungsländer, speziell im subsaharischen Afrika, nicht mehr durch subventionierte Agrargüter der EU überschwemmt werden. Gleichzeitig würde sich die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Agrarproduzenten nicht zu stark verringern, da die Preise der sozialverträglich hergestellten Importgüter höher wären, als es unter normalen Bedingungen der Fall ist.

Das Potenzial der bilateralen Beziehungen zwischen der BRD und Brasilien wird noch nicht genügend genutzt, um positiv auf den Landkonflikt einzuwirken. Die Themen der bilateralen Zusammenarbeit beinhalten unter anderem die Punkte Umwelt, Wirtschaft, Soziales, Arbeit und Menschenrechte. Dies sind alles Themenbereiche, die große Überschneidungen mit dem Landkonflikt haben. Die Entwicklungszusammenarbeit der beiden Staaten beinhaltet jedoch lediglich die ebenfalls wichtigen Schwerpunkte „Schutz und nachhaltige Nutzung des Tropenwaldes in Amazonien“ und „Erneuerbare Energien/Energieeffizienz“.<sup>110</sup> Wir fordern deshalb eine Erweiterung der strategischen Partnerschaft um die Schwerpunkte „Sozialverträgliche Wirtschaft“. Eine solche Erweiterung würde die Kooperation zum Abbau der Ungleichverteilung und zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse erleichtern.

Ebenso birgt die strategische Partnerschaft zwischen den beiden Ländern als einzige strategische Partnerschaft der BRD in Lateinamerika viel ungenutztes Potential für die Bearbeitung des Konfliktes. An dieser Stelle fordern wir deshalb die Erweiterung des Themenpools um den der „Sozialverträglichen Wirtschaft“ und die Intensivierung des Austauschs in Fragen der Sozialpolitik. Die Kooperation, Vernetzung und Vermittlung von Kompetenzen könnte durch die Schaffung einer regelmäßigen Konferenz verbessert werden. Hierbei könnte man auch von den Erfahrungen der Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage profitieren.

Ein weiterer Weg, über den die Regierung der BRD die Entwicklung des Konflikts beeinflussen kann, bietet die Kraftstoffpolitik. Die Verpflichtung der Ölkonzerne in Deutschland, Benzin mit sogenanntem Biospritanteil (zum Beispiel: E10) anbieten zu müssen,

---

<sup>110</sup> Auswärtiges Amt Deutschland (2012a).

führt zu einem noch höheren Bedarf an natürlichen Rohstoffen zur Produktion von Treibstoffen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf vonseiten der BRD und der EU. Der Anbau von Ethanol- und Ölpflanzen wie Zuckerrohr, Ölpalmen, Raps, Soja und Weizen gepaart mit den riesigen Flächen an benötigtem Land, drängt den Regenwald immer mehr zurück. Zudem ist es nur eine Frage der Zeit, bis es zu einer Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion zugunsten der Treibstoffproduktion kommen wird. Zudem sorgt die Nutzung von Grundnahrungsmitteln wie Mais zur Treibstoffherstellung durch die erhöhte Nachfrage zu Steigerungen der Weltmarktpreise und führt somit indirekt zu Hunger, der vor allem die extrem Armen betrifft, die einen hohen Anteil ihres Einkommens für Nahrung ausgeben müssen. Die Bundesrepublik hat zwar mit der sogenannten Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung<sup>111</sup> und der Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung<sup>112</sup> erste Ansätze geliefert, diese sind jedoch nicht weitreichend genug. Kritiker weisen darauf hin, dass selbst dann, wenn der Anbau der Pflanzen streng zertifiziert ist, der Verdrängungseffekt gegenüber den Nahrungsmittelpflanzen nicht ausreichend berücksichtigt wird. Eine Möglichkeit für die BRD dem entgegenzuwirken, wäre die Förderung der Weiterentwicklung und Subventionierung von alternativen Pflanzenarten, die für die Treibstoffproduktion verwendet werden können. So eignet sich beispielsweise die stark ölhaltige, tropische Pflanze Jatropha sehr gut für die Herstellung von Biodiesel. Hinzukommt, dass sie auch auf sehr nährstoffarmen Böden wächst, die sich nicht für den Nahrungsmittelanbau eignen. Die Pflanze verbessert folglich die dortige Bodenqualität und würde somit einem Verdrängungseffekt entgegenwirken.<sup>113</sup>

Abgeordneten des Deutschen Bundestages, der Landtage oder anderen Politikern stehen ebenfalls einige Mittel zur Verfügung, um positiv auf den Verlauf des Konfliktes einzuwirken. So können Abgeordnete innerhalb ihrer Fraktionen auf den Konflikt aufmerksam machen. Die Fraktion könnte eine Große Anfrage im Bundestag stellen. Dies bedeutet, dass die Bundesregierung Stellung zum Thema beziehen muss und über den Gegenstand des Antrags meist auch im Rahmen einer öffentlichen Sitzung diskutiert wird.<sup>114</sup> Auf diesem Wege könnten viele andere Parlamentarier und die Presse sowohl über den Konflikt als auch über die Position der Bundesregierung informiert werden. Ist der Abgeordnete an der aktuellen Regierung beteiligt, könnten von dieser Stelle Anregungen

---

<sup>111</sup> Bundesgesetzblatt (2009), S. 2174.

<sup>112</sup> Ebd., S. 3182.

<sup>113</sup> Faszination Regenwald (o.J.)

<sup>114</sup> Deutscher Bundestag (o.J.)

ausgehen, sich stärker für den Konflikt und die Region zu engagieren. Zudem könnten die Abgeordneten gezielt Unternehmen in ihren Wahlkreisen ansprechen, die in der Region aktiv sind. Ein weiterer Multiplikator stellt die Öffentlichkeitsarbeit von Abgeordneten/Politikern dar. Mandatsträger können den Konflikt durch ihre Präsenz in den Medien einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen und sie dafür sensibilisieren.

### **3.1.6 Friedliche Konfliktkultur fördern**

Der Landkonflikt ist heute von gewaltsamen Übergriffen vor allem seitens der Großgrundbesitzer, illegalen Landbesetzungen und Aneignungen von Landlosen und Großgrundbesitzern und Gewalt zwischen verschiedenen Landlosenorganisationen gekennzeichnet. Ein mangelndes Unrechtbewusstsein der Großgrundbesitzer und die Unfähigkeit zur friedlichen Einigung zwischen den Konfliktparteien gilt es nachhaltig durch eine friedliche Konfliktkultur zu überwinden. Voraussetzung ist in jedem Fall die Anerkennung / Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols.

Der Aufbau von friedlicher Konfliktkultur muss durch eine Vermittlung von moralischen Werten vor allem in Schulen und Universitäten erfolgen. So sollten Lehrinhalte zur sozialen Ungleichheit und zur Situation der Landarbeiter aber auch der armen Stadtbevölkerung und deren historische Entwicklung besonders auch in Privatschulen verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen werden. Dies ist vor allem daher wichtig, weil die reiche Oberschicht ihre Kinder meistens nicht in staatlichen Schulen, sondern in privaten Bildungseinrichtungen ausbilden lässt und somit eine Abschottung gegenüber der armen Mehrheit erfolgt. Da der Aufbau von friedlicher Konfliktkultur nur langfristig in der nachkommenden Generation Wirkung zeigen kann, spielt eine Thematisierung und Aufarbeitung der gewaltsamen Konflikte der Vergangenheit und Gegenwart eine wichtige Rolle. Hier könnten sowohl Kirchen als auch NGOs eine wichtige Rolle zukommen. Beispielsweise durch Schulungen, Arbeitskreise, Kurse und Workshops innerhalb von Kirchen und Gemeinden, die den gewaltfreien Umgang mit Konfliktsituationen vermitteln. Schwierig ist die Einbindung der Großgrundbesitzer und der Agrarindustrie. Eine freiwillige Beteiligung an Maßnahmen zur Entwicklung und Verbreitung einer Konfliktkultur ist hier eher unwahrscheinlich. Immerhin könnten Landbesitzer und Agrarfirmen, die im Bereich von illegaler Landnahme und unzulässigen Arbeitsbedingungen straffällig geworden sind, abgesehen von finanziellen Sanktionen, zur Teilnahme an solchen Schulungen verpflichtet werden. Ziel ist es, deren Sensibilität für die Probleme der landlosen Tagelöhner und Agrararbeiter zu erhöhen und so möglicherweise ein Umdenken anzustoßen.

Auch könnte durch Workshops ein Austausch zwischen Stadt und Landbevölkerung und die damit verbundene Sensibilisierung der verschiedenen Gruppen untereinander angestrebt werden.

Des Weiteren muss der Landkonflikt stärker in den Fokus der medialen Aufmerksamkeit gerückt werden, um auf nationaler aber auch internationaler Ebene Aufmerksamkeit zu erlangen und Handlungsdruck zu generieren. Hilfreich könnte hierbei die Unterstützung von international bekannten Prominenten sein, die durch ihre Medienpräsenz den Konflikt einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen können.

NGOs und andere transnationale Akteure müssen in die Konfliktbearbeitung eingebunden werden. Hierbei wäre es von

Vorteil, wenn die brasilianische Regierung den Impuls für den Einsatz der NGOs geben würde. Die Transparenz des zu stärkenden Polizeiapparates könnte unter anderem durch die Human Rights Watch evaluiert werden, um Korruption und Missbrauch aufzudecken. Es könnten weiterhin Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung innerhalb von NGOs ausgearbeitet und anschließend der brasilianischen Regierung zur Verfügung gestellt werden. Für ein gleichberechtigtes Austragen von Differenzen wird der Einsatz von Mediatoren oder eines Ombudsmannes sinnvoll. Dabei muss darauf geachtet werden, dass Personen ausgewählt werden, die die Anerkennung der Bevölkerung und der Konfliktparteien genießen.

#### **Die Sozialfunktion des Landes (Kasten)**

Die durch den Artikel 2, § 1 des Bodenstatuts eingeführte Sozialfunktion ist eine Richtlinie zur landwirtschaftlichen Nutzung von Land und enthält einen Katalog von Nutzungsbedingungen, die erfüllt werden müssen. Ist dies nicht der Fall kann das Land es zum Zwecke der Umverteilung vom Staat enteignet werden. Sie stellt einen starken Bezugspunkt und gesetzliche Basis für die Forderungen und Besetzungen der Landlosenbewegungen.

### **3.2 Grundzüge einer Landreform**

Aus der Analyse ergibt sich, dass für eine Lösung des Konflikts die Bedingungen des zivilisatorischen Hexagons als wesentliche Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Dies alleine würde schon zu einer starken Verbesserung der Situation der Landbevölkerung führen. Das große Ziel einer umfassenden Landreform sollte dabei allerdings nicht aus den Augen verloren werden, da die Landverhältnisse die grundlegende Ursache des Konflikts darstellen. Dreh- und Angelpunkt für die Inhalte einer Landreform ist die brasilianische Norm über die Sozialfunktion des Bodens. Von einer Erfüllung der Sozialfunktion bei der Nutzung des brasilianischen Bodens kann gegenwärtig keine Rede sein. Das Land gilt als einer der größten

Exporteure von Agrargütern weltweit, es zeigt sich jedoch, dass der Anbau in großen Monokulturen und die Exportfokussierung nicht der breiten Bevölkerung zugutekommen.

Um eine Erfüllung der Sozialfunktion durchzusetzen, ist in erster Linie die Politik gefragt. Sie muss ihr Ziel, eine umfassende und tiefgehende Landreform, die der Sozialfunktion entspricht, glaubhaft anstreben und mit rechtsstaatlichen, demokratie- und sozialverträglichen Mitteln konsequent im Rahmen eines Programms umsetzen. Dies bedeutet, die Sozialfunktion entsprechend der aktuellen Problemlage zu interpretieren und die einschlägigen Gesetze daran orientiert zu novellieren: Dies kann jedoch nur gelingen, wenn eine solche Novellierung auf die Zustimmung einer breiten Mehrheit stößt. Daher muss das Programm neben juristischen auch wirtschaftspolitische, sozialpolitische und kulturelle Aspekte berücksichtigen, die die Wahrnehmung des Konfliktes und seiner destruktiven Auswirkungen auf den Reformprozess erhöhen. Marksteine für eine Landreform sind:

1. Klärung der aktuellen Besitzverhältnisse: Insbesondere Kleinbauern und indigene Bevölkerung verfügen oft nicht über Besitzurkunden und damit über Rechtssicherheit. Das von ihnen bewirtschaftete Land sollte daher in einem landesweit geregelten Verfahren anerkannt und beurkundet werden. Die aktuellen Besitzansprüche, die sowohl auf die Kolonialzeit als auch auf illegale Landnahmen zurückgehen, müssten aufgearbeitet werden und im Anschluss zu partiellen oder kompletten Enteignungen beziehungsweise zur vollständigen Legalisierung der Ländereien führen.
2. Aufhebung des in der Verfassung festgelegten allgemeinen Verbotes von Enteignungen produktiven Landes – beispielsweise durch einen Verfassungszusatz, der klarstellt, dass dieses Verbot nicht für illegitime Besitzansprüche gilt, die unter unklaren Voraussetzungen in der Kolonialzeit oder während der Militärdiktatur entstanden sind. Zudem sollte er sich auch auf Fälle, in denen das Land zwar produktiv genutzt wird, aber diese Nutzung die Sozialfunktion nicht erfüllt oder ihr widerspricht, beziehen.
3. Einführung einer Landoberggrenze, die eine Anzahl vorgibt, einzelne Betriebe und Landbesitzer bewirtschaften dürfen. Ländereien, welche diese Obergrenze übersteigen, müssen von staatlichen Institutionen wie zum Beispiel der INCRA enteignet und umverteilt werden und könnten beispielsweise zur Bildung von Kooperativen genutzt werden. Orientierung kann die unter der Regierung von Evo Morales 2006 in Bolivien durchgeführte Landreform geben. Hier gelten Obergrenzen von 5000 Hektar für Viehzüchter und 2000 Hektar für Soja-, Mais-, Getreide- und

Baumwollanbaubetriebe.<sup>115</sup> Dabei sind allerdings die Erfahrungen zu berücksichtigen, dass nach Ankündigung der Landreform Großgrundbesitzern begonnen haben, diese zu unterlaufen, in dem sie Besitztitel auf Familienmitglieder und Verwandte beziehungsweise auf Subunternehmen übertragen haben, um die Obergrenzen zu umgehen.

4. Institutionelle Stärkung des INCRA: Um die Durchführung der Landreform zu gewährleisten, ist die Erhöhung der finanziellen Kapazitäten des INCRA, die Erweiterung ihrer Enteignungskompetenzen und die Herstellung ihrer Unabhängigkeit von politischen Entscheidungsträgern notwendig. Zudem muss die Sicherheit von INCRA Mitarbeiter garantiert werden, die gegenwärtig regelmäßig von Pistoleros bei ihrer Arbeit behindert und bedroht werden.
5. Im Fall von Landbesetzungen muss eine rechtliche Angemessenheitsprüfung unter Einbeziehung der Sozialnorm vorgenommen werden. Die Besetzer nutzen das Land in erster Linie zur Subsistenzwirtschaft, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und nicht um Profite zu erwirtschaften.

Vermutlich werden beide hier vorgeschlagenen Wege (Voraussetzungen für eine Landreform und die Inhalte einer Landreform) in Brasilien auf große politische Widerstände stoßen und sehr schwierig und nur über einen längeren Zeitraum durchsetzbar sein. Eine Umsetzung der Inhalte der Landreform könnte eine Ausweitung und Verschärfung des Konfliktes zur Folge haben und gewalttätige Auseinandersetzungen begünstigen. Eine Landreform muss als Teil eines langfristigen Prozesses verstanden werden. Zentrale Voraussetzung ist, dass die Bedingungen des zivilisatorischen Hexagons erfüllt werden, um die friedliche Konfliktaustragung zu ermöglichen und eine weitere Eskalation zu vermeiden. Die Situation der Landlosen kann auch durch die in 3.1 gemachten Vorschläge entscheidend verbessert werden.

---

<sup>115</sup> Ziegler (2011), S. 219.

## 4. Serviceteil

### 4.1 Links

- **Auswärtiges Amt Bundesrepublik Deutschland:**  
<http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Brasilien.html>
- **Vertretungen Brasiliens in der Bundesrepublik Deutschland:**  
[http://www.auswaertiges-amt.de/sid\\_87F657C71E8EA56FDD97A1D00062F9A1/DE/Laenderinformationen/Brasilien/VertretungenBrasilien\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/sid_87F657C71E8EA56FDD97A1D00062F9A1/DE/Laenderinformationen/Brasilien/VertretungenBrasilien_node.html)
- **Brasilien Nachrichten:**  
<http://www.brasiliennachrichten.de>
- **Brasilien Magazin:**  
<http://brasiliemagazin.net>
- **Bundesweiter Zusammenschluss der Brasiliensolidarität:**  
<http://www.kooperation-brasilien.org>
- **Lateinamerika Nachrichten:**  
<http://www.lateinamerikanachrichten.de>

#### **In Brasilien aktive NGOs:**

- <http://www.wango.org/resources.aspx?section=ngodir&sub=region&regionID=5&col=CC3300> (Länderspezifische Filtermöglichkeit vorhanden)

#### **Infos zum deutsch-brasilianischen Jahr:**

- <http://www.alemanha-e-brasil.org/de>

#### **Dokumentationen zum Thema:**

- Land ohne Menschen für Menschen ohne Land:
- <http://www.youtube.com/watch?v=DfmyGEmSC6g>
- History did not end – Brazilian Landless Worker´s Movement:
- <http://www.youtube.com/watch?v=K3gKYvCR52Y>
- Alpha Ville - In der Mauer:
- <http://www.youtube.com/watch?v=qaYj6ubRooA>

## 4.2 Literaturverzeichnis

- ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT** (Hg.) (2012): ABL - Bündnisse. Online verfügbar unter <http://www.abl-ev.de/die-abl/buendnisse.html>.
- AMNESTY INTERNATIONAL** (Hg.) (2011a): Amnesty Report 2011 - Brasilien. Online verfügbar unter [http://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/brasilien?destination=suche%3Fwords-advanced%3DBrasilien%26country%3D%26topic%3D%26node\\_type%3D%26from\\_month%3D0%26from\\_year%3D2007%26to\\_month%3D0%26to\\_year%3D2010%26search2\\_x%3D32%26search2\\_y%3D1%26page\\_limit%3D10%26form\\_id%3Dai\\_search\\_form](http://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/brasilien?destination=suche%3Fwords-advanced%3DBrasilien%26country%3D%26topic%3D%26node_type%3D%26from_month%3D0%26from_year%3D2007%26to_month%3D0%26to_year%3D2010%26search2_x%3D32%26search2_y%3D1%26page_limit%3D10%26form_id%3Dai_search_form).
- AMNESTY INTERNATIONAL** (Hg.) (2011b): Urgent Action: Indigenensprecher getötet. Online verfügbar unter <http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-339-2011/indigenensprecher-getoetet?destination=startseite>, zuletzt aktualisiert am 21.11.2011, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- AMNESTY INTERNATIONAL** (Hg.) (2009): Amnesty Report 2009 - Brasilien. Online verfügbar unter [http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/brasilien?destination=suche%3Fwords-advanced%3DBrasilien%2526country%3D%2526topic%3D%2526node\\_type%3D%2526from\\_month%3D0%2526from\\_year%3D2007%2526to\\_month%3D0%2526to\\_year%3D2010%2526search2\\_x%3D32%2526search2\\_y%3D11%2526page\\_limit%3D10%2526form\\_id%3Dai\\_search\\_form](http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/brasilien?destination=suche%3Fwords-advanced%3DBrasilien%2526country%3D%2526topic%3D%2526node_type%3D%2526from_month%3D0%2526from_year%3D2007%2526to_month%3D0%2526to_year%3D2010%2526search2_x%3D32%2526search2_y%3D11%2526page_limit%3D10%2526form_id%3Dai_search_form).
- AMNESTY INTERNATIONAL** (Hg.) (2010): Amnesty Report 2010 - Brasilien. Online verfügbar unter [http://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/brasilien?destination=suche%3Fwords-advanced%3DBrasilien%26country%3D%26topic%3D%26node\\_type%3D%26from\\_month%3D0%26from\\_year%3D2007%26to\\_month%3D0%26to\\_year%3D2010%26search2\\_x%3D32%26search2\\_y%3D1%26page\\_limit%3D10%26form\\_id%3Dai\\_search\\_form](http://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/brasilien?destination=suche%3Fwords-advanced%3DBrasilien%26country%3D%26topic%3D%26node_type%3D%26from_month%3D0%26from_year%3D2007%26to_month%3D0%26to_year%3D2010%26search2_x%3D32%26search2_y%3D1%26page_limit%3D10%26form_id%3Dai_search_form).
- AUSWÄRTIGES AMT DEUTSCHLAND** (Hg.) (2012a): Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland. Online verfügbar unter [http://www.auswaertiges-amt.de/sid\\_14D3057F52E42C18EB38C7C3023FBEC6/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Brasilien/Bilateral\\_node.html#doc335300bodyText2](http://www.auswaertiges-amt.de/sid_14D3057F52E42C18EB38C7C3023FBEC6/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Brasilien/Bilateral_node.html#doc335300bodyText2), zuletzt aktualisiert am 03.2012, zuletzt geprüft am 04.06.12.
- AUSWÄRTIGES AMT DEUTSCHLAND** (2012b): Deutschland + Brasilien 2013-2014. Online verfügbar unter <http://www.alemanha-e-brasil.org/de>, zuletzt geprüft am 25.01.2013.
- BADER, MIRIAM** (2004): Lula und die MST: Träumen sie noch vom gleichen Ziel? Online verfügbar unter [http://www.igadi.org/artigos/2004/mb\\_lula\\_e\\_o\\_mst\\_de.htm](http://www.igadi.org/artigos/2004/mb_lula_e_o_mst_de.htm), zuletzt aktualisiert am 10.08.2004, zuletzt geprüft am 11.01.2012.
- BEUTLER, BENJAMIN** (2010): Stahlwerk verpestet Brasiliens Küste. Hg. v. AG Friedensforschung. Online verfügbar unter <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Brasilien/thyssen.html>, zuletzt aktualisiert am 27.08.2010, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- BLÜMEL, WOLFGANG** (2009): Biokraftstoffe. In: Microsoft Corporation (Hg.): Microsoft Encarta Enzyklopädie: Microsoft.
- BRASILIEN MAGAZIN** (Hg.) (2011a): Brasiliens Senat stimmt neuem Waldgesetz zu. Online verfügbar unter <http://brasilienmagazin.net/politik-wirtschaft/15718/brasiliens-senat-stimmt-neuem-waldgesetz-zu/>, zuletzt aktualisiert am 07.12.2011, zuletzt geprüft am 12.01.2012.
- BRASILIEN MAGAZIN** (Hg.) (2011b): Korruption in Brasilien senkt Pro-Kopf-Einkommen um 15%. Online verfügbar unter <http://brasilienmagazin.net/politik-wirtschaft/15690/korruption-in-brasilien-senkt-pro-kopf-einkommen-um-15-prozent/>, zuletzt aktualisiert am 16.11.2011, zuletzt geprüft am 11.01.2012.
- BRASILIENINITIATIVE FREIBURG E.V.** (2010): Indianerpolitik im neuen Gewand. In: Brasilien Nachrichten (141). Online verfügbar unter [http://www.brasiliennachrichten.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=88&Itemid=18&limit=1&limitstart=0](http://www.brasiliennachrichten.de/index.php?option=com_content&task=view&id=88&Itemid=18&limit=1&limitstart=0), zuletzt geprüft am 12.01.2012.
- BRASILIANISCHE BOTSCHAFT BERN** (Hg.): Über Brasilien - Bevölkerung. Online verfügbar unter <http://berna.itamaraty.gov.br/de/bevolkerung.xml>, zuletzt geprüft am 09.08.2012.
- BREDENBECK, KIRSTEN** (2006): Kampf um Land in Brasilien. Online verfügbar unter [http://www.kooperation-brasilien.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=76&Itemid=54](http://www.kooperation-brasilien.org/index.php?option=com_content&task=view&id=76&Itemid=54), zuletzt aktualisiert am 02.01.2006, zuletzt geprüft am 21.09.2011.

- BUCZILOWSKI, ULRICH R.** (2003): Fünf Jahre Frieden im Maya-Land: Traditionen im Wandel. Hg. v. Gesellschaft für Bedrohte Völker. Online verfügbar unter <http://www.gfbv.it/3dossier/ind-voelker/maya.html>, zuletzt geprüft am 21.09.2011.
- BUNDESGESETZBLATT** (Hg.) (2009): Verordnung über Anforderungen an eine nachhaltige Herstellung von Biokraftstoffen (2009/65). Online verfügbar unter [http://www.bgbl.de/Xaver/media.xav?SID=anonymous3386378371903&bk=Bundesanzeiger\\_BGBI&name=bgbl%2FBundesgesetzblatt%20Teil%20I%2F2009%2FNr.%2065%20vom%2005.10.2009%2Fbgbl109s3182.pdf](http://www.bgbl.de/Xaver/media.xav?SID=anonymous3386378371903&bk=Bundesanzeiger_BGBI&name=bgbl%2FBundesgesetzblatt%20Teil%20I%2F2009%2FNr.%2065%20vom%2005.10.2009%2Fbgbl109s3182.pdf), zuletzt aktualisiert am 30.09.09, zuletzt geprüft am 04.06.12.
- BUNDESGESETZBLATT** (Hg.) (2009): Verordnung über Anforderungen an eine nachhaltige Herstellung von flüssiger Biomasse zur Stromerzeugung (2009/46). Online verfügbar unter [http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBI&bk=Bundesanzeiger\\_BGBI&start=//%2F%2Fattr\\_id=%27bgbl109s2174.pdf%27](http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&bk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//%2F%2Fattr_id=%27bgbl109s2174.pdf%27), zuletzt aktualisiert am 23.07.09.
- BUSCH, ALEXANDER** (2010): Die hohen Preise des Erfolgs. Hg. v. Handelsblatt. Online verfügbar unter <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/laenderanalysen/die-hohen-preise-des-erfolgs/3559712.html?p3559712=all>, zuletzt aktualisiert am 11.10.2010, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- CALCAGNOTTO, GILBERTO** (2003): Die brasilianische Landlosenbewegung MST und die Regierung Lula: Zwischen Partnerschaft und Konfrontation. Hg. v. Institut für Ibero-Amerikakunde Hamburg.
- CIA - CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY** (Hg.) (2011): CIA World Fact Book. Online verfügbar unter <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/br.html>, zuletzt aktualisiert am 23.08.2011, zuletzt geprüft am 22.09.2011.
- CPT NACIONAL BRASIL** (Hg.) (2012): Conflitos no Campo Brasil 2011. Unter Mitarbeit von Cássia Regina da Silva Luz Isolete Antônio Canuto. Online verfügbar unter <http://www.cptnacional.org.br/index.php/component/jdownloads/finish/43-conflitos-no-campo-brasil-publicacao/292-conflitos-no-campo-brasil-2011-nova-versao?Itemid=23>, zuletzt geprüft am 10.09.
- DANGL, BENJAMIN** (2010): Dilma Rousseff: In Lula's Shadow. Hg. v. The Nation. Online verfügbar unter [www.thenation.com/article/157364/dilma-rousseff-lulas-shadow](http://www.thenation.com/article/157364/dilma-rousseff-lulas-shadow), zuletzt aktualisiert am 29.12.2010.
- DANGL, BENJAMIN** (2011): Why land reform makes sense for Dilma Rousseff. Hg. v. The Guardian. Online verfügbar unter [www.guardian.co.uk/commentisfree/cifamerica/2011/jan/27/brazil-farming](http://www.guardian.co.uk/commentisfree/cifamerica/2011/jan/27/brazil-farming), zuletzt aktualisiert am 27.01.2011, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- DANGL, BENJAMIN; HOWARD, APRIL** (2007): The Multinational Beanfield War. Soy cultivation spells doom for Paraguayan campesinos. Online verfügbar unter <http://www.inthesetimes.com/article/3093>, zuletzt aktualisiert am 12.04.2007, zuletzt geprüft am 21.09.2011.
- DERSTANDARD.AT** (Hg.) (2011): Großeinsatz gegen korrupte Polizisten. 28 Verdächtige bei Operation "Guillotine" festgenommen. Online verfügbar unter <http://derstandard.at/1297216186153/Grosseinsatz-gegen-korrupte-Polizisten>, zuletzt aktualisiert am 11.02.2011, zuletzt geprüft am 11.01.2012.
- DEUTSCHE BOTSCHAFT BRASILIEN** (Hg.): Strategische Partnerschaft. Online verfügbar unter [http://www.brasil.diplo.de/Vertretung/brasilien/de/07\\_\\_Aussenpolitik/Bilaterale\\_\\_Beziehungen/Partnerschaft\\_\\_Seite.html](http://www.brasil.diplo.de/Vertretung/brasilien/de/07__Aussenpolitik/Bilaterale__Beziehungen/Partnerschaft__Seite.html).
- DEUTSCHER BUNDESTAG** (Hg.): Große Anfrage. Online verfügbar unter [http://www.bundestag.de/service/glossar/G/grosse\\_anfrage.html](http://www.bundestag.de/service/glossar/G/grosse_anfrage.html), zuletzt geprüft am 05.06.12.
- DUFFY, GARY** (2010): Family friendly: Brazil's scheme to tackle poverty. Hg. v. BBC News. Online verfügbar unter <http://www.bbc.co.uk/news/10122754>, zuletzt aktualisiert am 25.05.2010.
- EXNER, ROSA; DITTMAR, BENNI; NIPPE SUSANNE; KAUFMANN EINAR** (2011): Der Paraguay-Konflikt: Dossier zur zivilen Konfliktbearbeitung. Online verfügbar unter [http://fss.plone.uni-giessen.de/fss/fbz/fb03/institute/institut-fur-politikwissenschaft/Personen/birckenbach/lehre/lfp/dateien/paraguay/file/Dossier\\_Paraguay.pdf](http://fss.plone.uni-giessen.de/fss/fbz/fb03/institute/institut-fur-politikwissenschaft/Personen/birckenbach/lehre/lfp/dateien/paraguay/file/Dossier_Paraguay.pdf), zuletzt geprüft 23.09.2012
- FAO** (2011): Production of Crops 2010. Hg. v. Food and Agricultural Organization of the United Nations. Online verfügbar unter <http://faostat.fao.org/site/567/DesktopDefault.aspx?PageID=567#ancor>, zuletzt aktualisiert am 21.12.2011, zuletzt geprüft am 12.01.2012.

- FARBER-CASTELL** (Hg.) (2012): Globale Verantwortung ist uns ein Anliegen. Online verfügbar unter [http://www.faber-castell.de/40506/Das-Unternehmen/Unsere-globale-Verantwortung/Unsere-globale-Verantwortung/fcv2\\_index.aspx](http://www.faber-castell.de/40506/Das-Unternehmen/Unsere-globale-Verantwortung/Unsere-globale-Verantwortung/fcv2_index.aspx), zuletzt aktualisiert am 23.04.12, zuletzt geprüft am 04.06.12.
- FASZINATION REGENWALD** (Hg.): Information Zerstörung: Agrartreibstoffe. Online verfügbar unter <http://www.faszination-regenwald.de/info-center/zerstoerung/agrartreibstoffe.htm>.
- FORBES** (Hg.) (2009): The World's Most Powerful People. Blairo Maggi. Online verfügbar unter [http://www.forbes.com/lists/2009/20/power-09\\_Blairo-Maggi\\_8QDW.html](http://www.forbes.com/lists/2009/20/power-09_Blairo-Maggi_8QDW.html).
- FÖDERATIVE REPUBLIK BRASILIEN** (1988): Verfassung Brasiliens. Hg. v. Verfassungen.net. Online verfügbar unter <http://www.verfassungen.net/br/verf88-i.htm>, zuletzt aktualisiert am 13.07.2010, zuletzt geprüft am 12.01.12.
- FREUNDINNEN UND FREUNDE DER MST DEUTSCHLAND** (Hg.) (2011): Politisches Programm. Online verfügbar unter [www.mstbrasilien.de](http://www.mstbrasilien.de), zuletzt geprüft am 10.07.11. Friends of the MST USA (Hg.) (2011). Online verfügbar unter [www.mstbrazil.org](http://www.mstbrazil.org), zuletzt geprüft am 10.07.2011.
- GALTUNG, JOHAN** (2007a): Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur. 2. Aufl. Münster: Agenda-Verl.
- GALTUNG, JOHAN** (2007b): Konflikte und Konfliktlösungen. Die Transcend-Methode und ihre Anwendung. Berlin: Homilius.
- GALTUNG, JOHAN; Jacobsen, Carl G.; Brand-Jacobsen, Kai Frithjof; Heiseler, Ingrid von** (2003): Neue Wege zum Frieden. Konflikte aus 45 Jahren ; Diagnose, Prognose, Therapie. Minden: Bund für Soziale Verteidigung.
- GRAF, WILFRIED**: Konflikttransformaton und die Arbeit am politischen Unbewussten. Das Transcend-Verfahren nach Johan Galtung. Online verfügbar unter [http://www.transcend-netz.org/pdf/graf\\_transcend\\_ansatz.pdf](http://www.transcend-netz.org/pdf/graf_transcend_ansatz.pdf), zuletzt geprüft am 23.09.2011.
- GRAZIANO, XICO** (2005): Landreform in Brasilien. Integration und Verteilungsmechanismen. Hg. v. Konrad Adenauer Stiftung.
- GRAZIANO, XICO** (2006): Neuerfindung der Agrarreform. Hg. v. Konrad Adenauer Stiftung.
- HAMBURGISCHES WELTWIRTSCHAFTSINSTITUT (HWWI)** (Hg.) (2008): Focus Migration: Länderprofil Brasilien. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Netzwerk Migration in Europa e.V. Online verfügbar unter Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Netzwerk Migration in Europa e.V., zuletzt geprüft am 21.09.2011.
- HART, KLAUS** (2010): Brasilien: Die Anti-Hunger-Hilfe "Bolsa Familia" der Lula-Regierung. Hg. v. Klaus Hart Brasiliertexte. Online verfügbar unter <http://www.hart-brasiliertexte.de/2010/09/09/die-anti-hunger-hilfe-bolsa-familia-der-lula-regierung-die-aktuellen-daten-erlautert-von-pt-kongressenator-eduardo-suplicy-vor-obdachlosen-im-franziskanerkloster-sao-paulos>, zuletzt aktualisiert am 09.09.2010, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- HARTMANN, PHILIPP** (1999): Agrarreform im brasilianischen Bundesstaat Ceará. Ökonomische Analyse und Bewertung. Marburg: Tectum-Verl.
- HEIDELBERG INSTITUTE FOR INTERNATIONAL CONFLICT RESEARCH (HIK)** (Hg.) (2010): Conflict barometer 2010. Heidelberg.
- HOLZ, STEFFI; KRETSCHMER, REGINE** (2010): Vertrieben, vergiftet, verwüstet - Sojaanbau in Paraguay: Soziale und ökologische Folgen der Sojamonokultur. Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V., 2010. Online verfügbar unter <http://land-grabbing.de/veranstaltungen/sojaanbau-in-paraguay/>, zuletzt geprüft am 21.09.2011.
- INKONTA NETZWERK E.V.** (Hg.) (2012): Das größte Stück vom Kuchen: Protestaktion vor Deutscher Bank. Online verfügbar unter <http://www.inkota.de/aktuell/news/vom/17/apr/2012/das-groesste-stueck-vom-kuchen-protestaktion-vor-deutscher-bank/>, zuletzt aktualisiert am 17.04.12, zuletzt geprüft am 04.06.12.
- KÄSS, SUSANNE** (2004): Die Agrarreform in Brasilien: Das seit Jahrhunderten währende Problem der Landverteilung. Hg. v. Konrad Adenauer Stiftung.
- KÄSS, SUSANNE** (2007): Die brasilianische Landlosenbewegung MST. Zwischen Chance, Chaos und Systemkritik. Hg. v. Konrad Adenauer Stiftung.

- KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU** (Hg.) (2011): Projekt - Waldschutz in Ecuador. Alternativen zum illegalen Holzeinschlag. Online verfügbar unter [http://www.kfw-entwicklungsbank.de/ebank/DE\\_Home/Klima\\_und\\_Umwelt/Projektbeispiele38171/Ansaeetze\\_fuer\\_RED\\_D\\_in\\_Ecuador/index.jsp](http://www.kfw-entwicklungsbank.de/ebank/DE_Home/Klima_und_Umwelt/Projektbeispiele38171/Ansaeetze_fuer_RED_D_in_Ecuador/index.jsp), zuletzt aktualisiert am Juli 2011, zuletzt geprüft am 25.01.2012.
- KNOBLOCH, ANDREAS** (2010): MST macht Druck. Brasiliens Landlosenbewegung fordert mit Gebäude- und Farmbesetzungen eine Bodenreform. Hg. v. Junge Welt. Online verfügbar unter <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Brasilien/landlose8.html>.
- KOHLHEPP, GERD** (2008): Ethanol-Boom in Brasilien. In: *Topicos* (3/2008), S. 8–11. Online verfügbar unter <http://www.topicos.net/fileadmin/pdf/2008/3/kohlhepp.pdf>, zuletzt geprüft am 24.11.2010.
- KOOPERATION BRASILIEN** (Hg.) (2011): Agrarreform, Quilombolas und das Programm Terra Legal in der Ära Lula. Online verfügbar unter [http://kooperation-brasilien.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=631&Itemid=54](http://kooperation-brasilien.org/index.php?option=com_content&task=view&id=631&Itemid=54), zuletzt aktualisiert am 18.02.2011, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- LA FONTAINE, DANA DE** (2007): Die Institutionalisierung sozialer Bewegungen am Beispiel der Landlosenbewegung MST in Brasilien. Online verfügbar unter <http://tobias-lib.uni-tuebingen.de/volltexte/2007/2730/>, zuletzt geprüft am 01.09.2011.
- LA VIA CAMPESINA** (Hg.) (2010): Say 'NO!' to corporate control of food and agriculture. Online verfügbar unter <http://viacampesina.org/downloads/pdf/kit/17april2010/KIT2010.pdf>, zuletzt aktualisiert am 17.04.2010, zuletzt geprüft am 04.06.2010.
- LICHTERBECK, PHILIPP** (2011): Kahlschlag um jeden Preis. Hg. v. Der Tagesspiegel. Online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/kahlschlag-um-jeden-preis/4378028.html>, zuletzt aktualisiert am 13.07.2011, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- LUNGS OF THE EARTH BLOG** (Hg.) (2011): Brazil gives up on land reform. Online verfügbar unter [lungsoftheearth.blogspot.com/2011/08/brazil-gives-up-on-land-reform.html](http://lungsoftheearth.blogspot.com/2011/08/brazil-gives-up-on-land-reform.html), zuletzt aktualisiert am 15.08.2011, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- MÄHLER, ANNEGRET** (2009): Ressourcenreichtum in Lateinamerika: Verteilungskonflikte und Probleme nachhaltiger Entwicklung. Ringvorlesung Lateinamerika. Universität zu Köln, 07.07.2009. Online verfügbar unter [http://www.lateinamerika.uni-koeln.de/fileadmin/bilder/ringvorlesung/ringvorlesungSS09/Ressourcenkonflikte\\_Maehler.pdf](http://www.lateinamerika.uni-koeln.de/fileadmin/bilder/ringvorlesung/ringvorlesungSS09/Ressourcenkonflikte_Maehler.pdf), zuletzt geprüft am 21.09.2011.
- MARSCHNER, WALTER ROBERTO** (2005): Die Kämpfe um MutterErde. Eine empirisch-qualitative Untersuchung über soziale Konflikte landloser Campesinos in Südbrasilien unter besonderer Berücksichtigung raum- und handlungssoziologischer Kategorien. Online verfügbar unter <http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2005/2606/>.
- MICROSOFT CORPORATION** (Hg.) (2009): Microsoft Encarta Enzyklopädie: Microsoft.
- N-TV** (Hg.) (2011): "Schande für Brasilien". Regenwald-Schutz geschwächt. Online verfügbar unter <http://www.n-tv.de/politik/Regenwald-Schutz-geschwaecht-article3419956.html>, zuletzt aktualisiert am 25.05.2011, zuletzt geprüft am 17.11.2011.
- O.A.** (2009): Lateinamerika. In: Microsoft Corporation (Hg.): Microsoft Encarta Enzyklopädie: Microsoft.
- PFEIFFER, DIETMAR K.** (1999): Gesellschaft und Bildung in Lateinamerika. Münster; New York: Waxmann.
- PROFESSOR CESAR** (Hg.) (2010): Capitánias - hereditarias. Online verfügbar unter <http://blogdoprofessorcesar.blogspot.com/2010/09/capitanias-hereditarias.html>.
- Paquet, J. N.** (2012): Brazil: President Rousseff's Endangered Democracy. Online verfügbar unter <http://jnpaquet2.wordpress.com/2012/02/10/brazil-president-rousseffs-endangered-democracy/>, zuletzt aktualisiert am 10.02.12, zuletzt geprüft am 04.06.12.
- RUSSAU, CHRISTIAN** (2010): Bewaffnet gegen Gewerkschafter bei Thyssen Krupp. Hg. v. amerika21. Online verfügbar unter <http://amerika21.de/nachrichten/inhalt/2010/apr/thyssen-423649-sepetiba>, zuletzt aktualisiert am 14.04.2010, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- RUSSAU, CHRISTIAN** (2011): Brasilien: 500 Frauen besetzen Agrarreformbehörde. Protest gegen schleppende Landreform und Agrargifte. Wissenschaftler wirft Behörde Zahlenspielerei vor. Hg. v. amerika21.de. Online verfügbar unter <http://amerika21.de/nachrichten/2011/03/25095/besetzung-incra>, zuletzt aktualisiert am 02.03.2011, zuletzt geprüft am 11.01.2012.

- SCHIKORA, JAN** (2001): Politik jenseits vermachteter Strukturen. Zur Bedeutung sozialer Bewegungen für den Demokratiepprozess in Brasilien. Online verfügbar unter <http://www.lateinamerika.uni-koeln.de/fileadmin/bilder/arbeitspapiere/schikora.pdf>.
- SCHULTEN, JOHANNES** (2010): Dilma folgt Lula. In: Junge Welt.
- SCHULZ, GÜNTHER** (2011): Agrarreform in weiter Ferne. In: Brasilien Nachrichten (143). Online verfügbar unter [http://www.brasiliennachrichten.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=107&Itemid=17](http://www.brasiliennachrichten.de/index.php?option=com_content&task=view&id=107&Itemid=17) zuletzt geprüft am 12.01.2012.
- SENGHAAS, DIETER** (1995): Den Frieden denken. Frankfurt/m: Suhrkamp.
- SOBRINH, JORGE HAGE** (2011): Brazil's Transparency Portal freely delivers information to Citizens. Hg. v. Open Government. Online verfügbar unter <http://www.opengovpartnership.org/news/brazil%E2%80%99s-transparency-portal-freely-delivers-information-citizens>, zuletzt aktualisiert am 19.09.11, zuletzt geprüft am 04.06.12.
- SPIEGEL ONLINE** (Hg.) (2011): Fünf Ministerrücktritte in fünf Monaten. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,794330,00.html>, zuletzt aktualisiert am 27.10.2011, zuletzt geprüft am 11.01.2012.
- STEINFELDER, MICHAEL** (2001): Landlosenbewegung in Brasilien 15 Jahre Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST).
- SURVIVAL INTERNATIONAL** (Hg.): Brazilian Indians. Online verfügbar unter <http://www.survivalinternational.org/tribes/brazilian>, zuletzt geprüft am 24.11.2004.
- SURVIVAL INTERNATIONAL** (Hg.) (2008): Dramatic video shows attack on Indian village. Online verfügbar unter <http://www.survivalinternational.org/news/3389>, zuletzt aktualisiert am 20.06.2008, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- SWR** (Hg.) (2010): Kampf um Amazonien - Das Justizschiff. Online verfügbar unter <http://www.swr.de/lma/lma-amazonien-brasilien-justizschiff/-/id=100886/nid=100886/did=6741560/1gvqgw4/index.html>, zuletzt aktualisiert am 06.08.2010, zuletzt geprüft am 25.01.2010.
- TAGESSCHAU.DE** (Hg.) (2012): Brasiliens Präsidentin legt Teilveto gegen Waldgesetz ein. Online verfügbar unter <http://www.tagesschau.de/ausland/brasilien300.html>, zuletzt aktualisiert am 26.05.12, zuletzt geprüft am 04.06.12.
- THE ECONOMIST** (Hg.) (2011): The Big Mac Index. Currency comparisons, to go. Online verfügbar unter <http://www.economist.com/blogs/dailychart/2011/07/big-mac-index>, zuletzt aktualisiert am 28.07.2011, zuletzt geprüft am 24.11.2011.
- TRANSPARENCY INTERNATIONAL** (Hg.) (2011): Mission, Vision and Values, Online verfügbar unter: [http://www.transparency.org/whoweare/organisation/mission\\_vision\\_and\\_values](http://www.transparency.org/whoweare/organisation/mission_vision_and_values), zuletzt geprüft am 11.9.2012
- TRANSPARENCY INTERNATIONAL** (Hg.) (2012): CORRUPTION BY COUNTRY / TERRITORY. Online verfügbar unter <http://www.transparency.org/country#BRA>, zuletzt geprüft am 25.01.2013.
- UNEP, F. UNFFA.O.** (Hg.): Vital forest graphics. Nairobi, Kenya.
- UNI TÜBINGEN - DEZERNAT FÜR INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN** (Hg.) (2011): Informationen zum Studium in Lateinamerika. Online verfügbar unter [http://www.uni-tuebingen.de/index.php?eID=tx\\_nawsecured1&u=0&file=fileadmin/Uni\\_Tuebingen/Dezernate/Dezernat\\_III/Dokumente/lat-broschure.pdf&t=1326471143&hash=7b90f504e77496f6cad7628fa7757077ce0f0adf](http://www.uni-tuebingen.de/index.php?eID=tx_nawsecured1&u=0&file=fileadmin/Uni_Tuebingen/Dezernate/Dezernat_III/Dokumente/lat-broschure.pdf&t=1326471143&hash=7b90f504e77496f6cad7628fa7757077ce0f0adf), zuletzt aktualisiert am 17.11.2011, zuletzt geprüft am 12.01.2012.
- UNITED NATIONS GLOBAL COMPACT** (Hg.): Dokumente in deutscher Sprache. Online verfügbar unter <http://www.unglobalcompact.org/languages/german/index.html>, zuletzt geprüft am 05.06.12.
- UNITED NATIONS OFFICE ON DRUGS AND CRIME** (2012): UNCAC Signature and Ratification Status, online verfügbar unter: <http://www.unodc.org/unodc/en/treaties/CAC/signatories.html>, zuletzt geprüft am 11.9.2012

- UPP REPORTER** (o.J.): UPP'S CONCEPT: THE PEACE POLICE. Online verfügbar unter [http://www.upprj.com/en/?page\\_id=445](http://www.upprj.com/en/?page_id=445), zuletzt geprüft am 12.01.2012.
- VEREINTE NATIONEN** (2010): Bericht über die menschliche Entwicklung 2010. Der wahre Wohlstand der Nationen - Wege zur menschlichen Entwicklung. Stand: 2010. Bonn, Berlin: UNO-Verl; Dt. Ges. für die Vereinten Nationen e.V (Bericht über die menschliche Entwicklung, 2010). Online verfügbar unter [http://www.dgyn.de/fileadmin/user\\_upload/PUBLIKATIONEN/UN\\_Berichte\\_HDR/HDR/HDR\\_2010/HDR-2010Vollversion.pdf](http://www.dgyn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/UN_Berichte_HDR/HDR/HDR_2010/HDR-2010Vollversion.pdf).
- WATSON, FIONA; CORRY, STEPHEN; PEARCE, CAROLINE** (2000): Disinherited. Indians in Brazil. London: Survival International.
- WERZ, NIKOLAUS** (2008): Lateinamerika. Eine Einführung. 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- WIENOLD, HANNS** (2007): Leben und Sterben auf dem Lande. Kleinbauern in Indien und Brasilien. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- WOLFORD, WENDY** (2010): This land is ours now. Social mobilization and the meanings of land in Brazil. Durham NC: Duke University Press.
- ZIEGLER, JEAN** (2011): Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren. München: Goldmann (Goldmann).

# Anhang

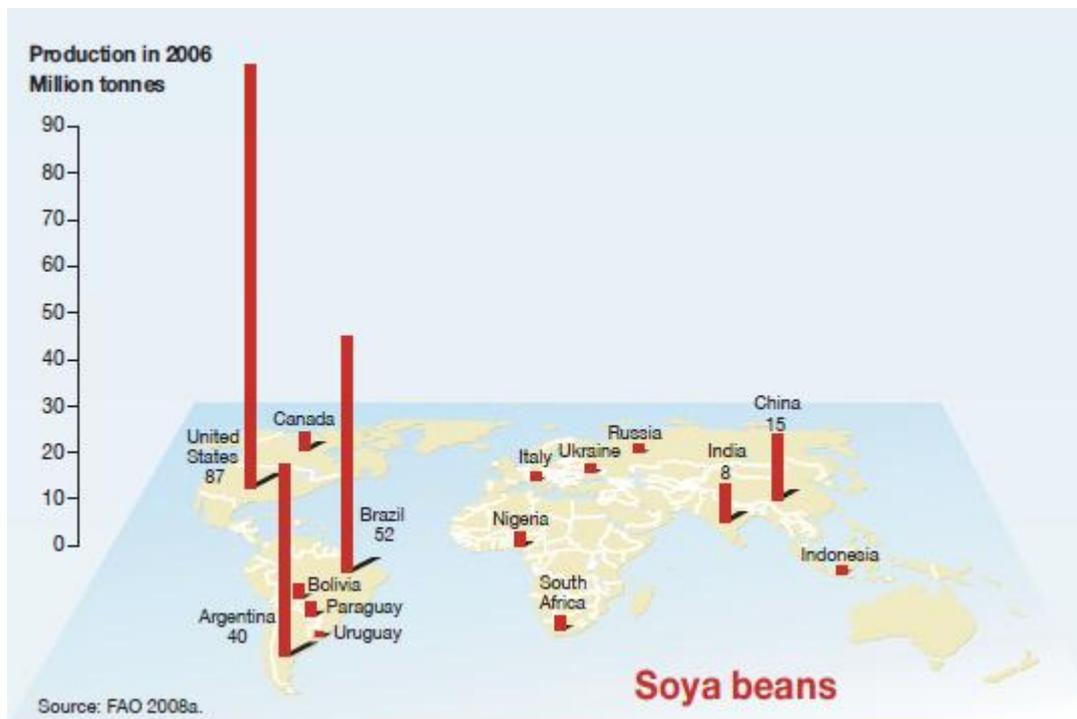
## Grafiken:

1.)



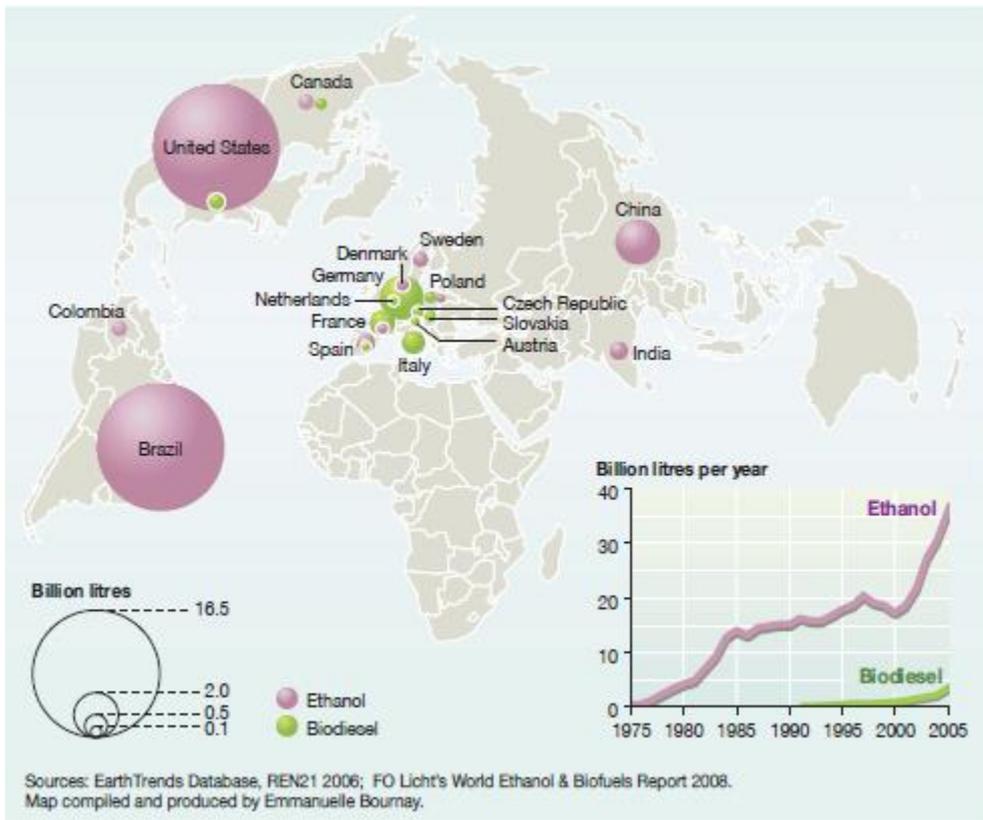
Quelle: UNEP: Vital Forest Graphics (2009), S. 20.

2.)



Quelle: UNEP: Vital Forest Graphics (2009), S. 20.

3.)



Quelle: UNEP: Vital Forest Graphics (2009), S. 20.